

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

96 (26.4.1920)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 A. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.80 M.; durch die Post bezogen 3.80 M. ohne Abhol- u. Bestellgebühr, monatlich, Einzelnummer 20 A. Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 1/2 8-11 und 2-1/2 12-1 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 60 A., auswärts 70 A. Die 2spaltige 2.50 M. — Bei Wiederholungen Rabatt — Annahmeschluss 1/2 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

San Remo.

Ein wichtiger Beschluss.

San Remo, 26. April. Die Konferenz hat im Prinzip beschlossen, in einem Monat deutsche Delegierte nach Paris zu einer Zusammenkunft mit den Alliierten einzuladen, um über die Anwendung der Wiedergutmachungsbestimmungen zu beraten.

Amsterdam, 26. April. Die Reuter aus San Remo berichtet, dass Lloyd George bekannt, dass das Ergebnis seiner Besprechungen mit Millerand in einer gemeinsamen Erklärung niedergelegt wird, wonach Frankreich und England übereingekommen sind, dass eine Bestimmung des Friedensvertrages über die Entlassung durchzuführen soll und dass der Gedanke einer Befreiung des rechten Rheinuferes und des Ruhrbeckens von Seiten Frankreichs verworfen worden ist.

Paris, 26. April. Wie die Agence Havas aus San Remo berichtet, hat Millerand die Spezialberichterstattung der Agenturen Gavas und Reuter empfangen und ihnen erklärt, was Deutschland an Truppen verlange, sei viel zu hoch. Vor dem Kriege habe England nur 100 000 Mann gehabt, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, ebenso Amerika. Bevor man einer Vermehrung der deutschen Streitkräfte zustimme, wolle Frankreich, dass Deutschland die wichtigsten Klauseln des Vertrags erfüllt habe, sowie die Abgabe des Artillerie- und Flugmateriells. Bis jetzt aber hätten die internationalen Kontrollkommissionen nur den schlechtesten Willen Deutschlands feststellen können. Deshalb zweifeln die französischen Vertreter an der Aufrichtigkeit Deutschlands. Es ließe zweifelhaft, ob der deutsche Vorschlag von dem Obersten Rat angenommen werden könne.

Paris, 26. April. „Echo de Paris“ berichtet aus San Remo, Ministerpräsident Millerand habe als Zahlungssystem der von Deutschland zu leistenden Entschädigungssumme steigende Jahreszahlungen für 30 Jahre empfohlen. Keine Jahreszahlung solle jedoch geringer als 3 Milliarden sein.

Paris, 26. April. Der italienische Ministerpräsident Ritti hat der Agence Havas zufolge Vertretern der französischen Presse erklärt, man müsse sofort und überall den Frieden herbeiführen, sonst gehe man den größten Katastrophen entgegen. Er verleihe die Gefühle Frankreichs, aber Italien helfe Österreich, damit es nicht Hungers sterbe. Ähnlich müsse man gegenüber Deutschland verfahren. Man müsse die Möglichkeit geben zu arbeiten und zu leben und dadurch auch die Mittel, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn man sage, Frankreich zweifle an den pazifistischen Gefühlen Deutschlands, so teile er diese Besorgnis und deshalb sei er mit Frankreich einig über die Notwendigkeit der deutschen Entlassung.

Die Verstimmung in der Entente.

Einiges bitter schreiben die Pariser Blätter über das Verhältnis zwischen Frankreich und den Alliierten. Zwar hört man, dass die Konferenz die vollkommene Übereinstimmung der Verbündeten in allen wesentlichen Fragen gebracht habe, aber die Zukunft wird zeigen müssen, ob diese Übereinstimmung auf gegenseitigem Nachgeben beruht oder ob sich — wie französische Blätter vor der Konferenz befürchteten — Frankreich den englischen Interessen wieder einmal unterordnen musste.

In einem kurzen Aufsatz, der am 18. April in der „Humanité“ erschien, fragt jedenfalls André Bierre, in welchen Dingen denn sich dieses Wunder der Einigkeit in San Remo vollziehen sollte. In der türkischen Frage sieht er nicht, fragend fragt wie der Herr von Konstantinopel und es sieht sich vor sich, wie es sich in Nairo festgesetzt hat. Der englische General Milne erobert den General Franchet d'Espèrey, den früheren Generalführer der verbündeten Truppen im Orient. „Hier wie überall wird Frankreich am Ende sich beugen müssen.“

„Und Rum? D'Annunzio ist noch immer dort und die Freundschaft mit den Jugo-Slawen ist noch nicht verwirklicht. Was Russland angeht, so hat Ritti die Absicht, die Anerkennung der Sowjets vorzuschlagen. Er hat übrigens schon vor San Remo einen Separatfrieden unternommen, indem seine lauffähigsten Delegierten mit den Sowjetvertretern ein Übereinkommen abgeschlossen, während die französischen Vertreter, ohne etwas erreicht zu haben, von Kopenhagen zurückgekommen sind. England will, wie Italien, mit Moskau verhandeln. Herr Millerand wird also allein gegen seine beiden Kollegen stehen. — Ohne besonders weise zu sein, kann man also sagen, fährt André Bierre fort, dass sich auf der Konferenz von San Remo die Einigung der Alliierten weder in der türkischen noch in der abriatischen, noch in der Rumne-Frage vollziehen werde.“

Wir werden weiter diesem Schauspiel beiwohnen, das die kapitalistischen Abwärtler im Kampf um den vier Edlen Europas aufzuführen, und es ist Sache der Sozialisten aller Länder, die Moral aus diesem Schauspiel zu ziehen, im Interesse der Völker, die immer geopfert werden, im Krieg wie im Frieden. . . im Namen des „Rechts und der Gerechtigkeit“.

Aus dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

Berlin, 26. April. Der Vorsitzende des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung für die Vorkriegszeit, Abg. Quard, legte den Vorsitz nieder, weil sein Antrag, Bethmann Hollweg, Zagow und Zimmermann noch einmal nach Schluss des Parlaments mündlich über die Schuldfrage zu vernehmen, keine genügende Unterstützung fand. Die Vertreter der Deutsch-Nationalen, der Demokraten und des Zentrums waren gegen die Vernehmung vor den Völkern, weil eine Erhöhung des Wahlkampfes zu befürchten sei. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Quard, Bohm und Schud und der Unabhängige Eichhorn waren dafür. Der Abg. Meerfeld (Soz.) enthielt sich der Abstimmung.

Generalkonferenzbeschluss der französischen Eisenbahner.

Paris, 25. April. Der Kongress der Eisenbahner nahm eine Entschliessung an, in den Generalkonferenz einzutreten, um die Verstaatlichung der Eisenbahnen zu erzwingen, ferner die Wiederherstellung der anlässlich des jüngsten Streiks entlassenen Eisenbahner, die Einstellung der gerichtlichen Verfolgungen und die Anerkennung der Gewerkschaftskammern. Der Beginn des Streiks wurde aber vorläufig noch verschoben.

Der Streik in Elsass-Lothringen.

Metz, 26. April. Die Streiklage ist unverändert. Zwischen Metz und Saarbrücken ist ein Automobilbus ein- und abgehend. Die Post arbeitet mit reduziertem Personal. Fernsprachen und Telegraphenverkehr sind normal.

Mühlhausen, 25. April. Die Handelsverbände angelegten sind neu in den Ausnahmestunden. Eine Anzahl von Banken mussten schließen. Die Schüler der Stadt und Umgebung streikten ebenfalls. Sie haben die Schulhäuser mit Stachelndraht umgeben und erklären, dem Begehren ihrer Eltern folgen zu wollen. In vielen kleinen Städten am Oberrhein ruht die Arbeit vollständig.

Ueber die Ursachen des Streikes

wird uns aus Straßburg geschrieben: Es herrscht unter den Streikenden eine große Erbitterung, dass es die Unternehmer überhaupt abgelehnt haben, sich auf Verhandlungen einzulassen. Die Regierung hätte die Pflicht gehabt, das Publikum besser auf dem Laufenden zu halten. Insbesondere vermisse man die Aufklärung, ob die Regierung die schweren Anlagen wegen Verdrängung des elssässischen Elementes unterdrückt habe, da dies eine Angelegenheit von eminenter politischer Bedeutung sei. Die neuen Forderungen der Streikenden sind: die Nationalisierung der elssässischen Kohlen-, Kali- und Erzküsten sowie Petroleumquellen, ferner Sicherung der Heimatsrechte der Elsass-Lothringer, die Wiederherstellung der entlassenen Arbeiter, die Anerkennung der Syndikate auf dem Boden der Gleichberechtigung, Festsetzung eines Mindestlohns, Achtundtags.

Die Ingenieure Elsass-Lothringens haben ebenfalls durch das Syndikat der Ingenieure Stellung gegen die Wiedereinstellung der Heimatsrechte der Elsass-Lothringer genommen. Die Absicht der einheimischen Ingenieure gerade in leitender Stellung sei unentbehrlich und ihr Erfolg durch Landesunterschiede Personen sei eine der wesentlichen Ursachen des Niederganges des Wirtschaftslebens von Elsass-Lothringen. Alle Deputierten des Reichstages solidarisch erklärt, dem man u. a. antifranzösische Propaganda vorwirft.

Generalkonferenz im oberösterreichischen Abstimmungsgebiet.

Wien, 26. April. Im oberösterreichischen Abstimmungsgebiet taten die Beamten und Arbeiter wegen Nichterfüllung ihrer Forderungen, Erhöhung ihrer Bezüge um 150 Prozent, in Rücksicht auf den von der internationalen Abstimmungskommission verfügten Notenumtausch in den Generalkonferenz. Bei einem Zusammenstoß der polnischen Arbeiterschaft mit der Bürgerwehr in Leoben wurde eine Person getötet und sechs verwundet.

Die Betriebsratswahlen im Ruhrrevier.

Dortmund, 25. April. Bisher liegt der Ausfall der Betriebsratswahlen von 83 Betrieben vor. In ganzen sind im Ruhrrevier etwa 850 Betriebe vorhanden. Von den Mandaten entfallen auf den Verband der Bergarbeiter Deutschlands 482, auf den Gewerkschaften christlicher Arbeiter 184, auf die polnische Betriebsvereinsvereine 51, auf die freie Union 340. In dem Bezirk Essen-Nord hat die Union die Mehrheit erlangt, jedoch werden einige Wahlen für unglücklich erklärt. Die Meldungen über die radikalen Bezirke von Mühlheim usw. stehen noch aus.

Die Entwaffnungssaktion im Ruhrgebiet.

Stuttgart, 26. April. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Zur Durchführung der Entwaffnung im Ruhrgebiet sind württembergische Reichswehrformationen in Jexlohn und Umgebung eingetroffen. Im Ruhrgebiet wurden die Orte Reheim, Hüfen und Bruchhausen ebenfalls von Württembergern besetzt. Bayerische und preussische Truppen sind mit der weiteren Entwaffnung der Bevölkerung in Hamm, Bielefeld, Dortmund und deren Umgebung beauftragt. Die bayerische Fliegerabteilung wird nach Schleißheim, die württembergische nach Böblingen transportiert.

Waffenbeschlagnahme und Verhaftungen in Greifswald.

Greifswald, 26. April. Bei der Durchsichtung nach Waffen wurden erhebliche Mengen in Studentenwohnungen und in Studentenwohnungen beschlagnahmt. Es fanden auch im Zusammenhang damit einige Verhaftungen statt, darunter die des Hauptmanns Genee, der auf einem Gute bei Greifswald festgenommen wurde.

Eine Mystifikation.

In ausländischen Zeitungen wird ein vollständig erfundenes Dankschreiben des Reichspräsidenten Ebert an den Prinzen Max von Baden verbreitet, in dem der Reichspräsident und die mitunterzeichneten Regierungsmitglieder Bauer und Dabid am 8. November 1918 dem Prinzen Max von Baden ihren Dank für seine Mitarbeit ausdrücken und bei dieser Gelegenheit erklären, dass sie in den Novembertagen des Jahres 1918 für die Verhinderung der Monarchie eingetreten wären. Das ganze Schreiben ist, wie den „R. V.“ von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, natürlich eine vollständige Mystifikation. Weder der Reichspräsident, noch Regierungsmitglieder haben am 8. November 1918 ein Schreiben an den Prinzen Max von Baden gerichtet, noch überhaupt in diesem oder ähnlichem Sinne jemals sich dem Prinzen Max von Baden gegenüber geäußert.

Die sozialdemokratische Partei Badens

hat gestern durch einen ausgezeichnet verlaufenen Parteitag den Reichstagswahlkampf eröffnet. Wer den Verhandlungen nicht nur aufmerksam, sondern auch kritisch gefolgt ist, wird augenblicklich sehen, dass sowohl der sehr gute Besuch, wie der kampfesfrohe und entschlossene Geist, der die Delegierten beherrschte, die Klarheit und Sachlichkeit, die in allen gehaltenen Reden so prächtig zum Ausdruck kamen, die Verhandlungen zu einem hoffnungstreuen und belebenden Auftakt der Reichstagswahl gestalteten. In rund fünf Stunden war die Tagesordnung glatt erledigt. Nicht lange und viele Reden, sondern kraftvolles Handeln, von diesem Gedanken waren die Vertreter der badischen Sozialdemokratie erfüllt. Sie sind sich der großen Bedeutung des bevorstehenden Kampfes bewusst, zielklar und ruhig trafen sie die Vorbereitungen.

Auch innerhalb der badischen Sozialdemokratie gehen die Meinungen über bestimmte taktische Fragen auseinander und manche Genossen stehen dem, was unsere Parteifreunde in den Regierungen und in den Parlamenten getan haben, kritisch gegenüber. Ebenso dürfte es innerhalb der badischen Partei nicht wenige Genossen geben, die ein wesentlich härteres Tempo auf dem Gebiete der Sozialisierung, der Säuberung der Reichswehr und der Demokratisierung wünschen und auch fordern. Und wir haben gar keine Ursache, zu verschweigen, dass die Lebensmittel, wie die Koalitionspolitik keineswegs den Genossen immer entspricht. Wo aber gestern Wünsche geäußert und Kritik geübt wurde, bei keinem Redner war etwa kleinliche Sorgelei zu beobachten, sondern bei allen Rednern erfreuliche Sachlichkeit und volles Verständnis für die Schwere der Aufgaben und der Situation, in denen sich Regierungen und Parlamente befinden. So gestaltet sich gestern auch die Kritik zu meist wertvollen Anregungen. Und da auch die Redner der radikalen Richtung strenge Sachlichkeit und volle Würdigung der Tatsachen mit der Schärfe der Kritik zu vereinbaren verstanden, nahmen die Verhandlungen einen ebenso entgegenenden wie erfreulichen Verlauf.

Die Gegner von rechts und links, die seit Wochen davon fabulieren, innerhalb der Sozialdemokratie herrsche eine gedrückte Stimmung, sie würden von ihrem Irrtum gründlich kuriert worden sein, wenn sie den Debatten im „Eintrachtsaal“ beigewohnt hätten. Nein, da war wirklich nichts von gedrückter Stimmung zu bemerken und was wir beinahe noch höher bewerten, keine Illusionen beherrschten die Redner und Teilnehmer, dafür aber die gemeinsame Auffassung und Ueberzeugung, dass wir weder den Kampf noch die Gegner im geringsten zu fürchten haben.

Wertvoll und hoffnungstreu war, dass über die grundsätzliche Haltung und Stellung der Partei, über den taktischen Unterschied bei den Wahlen kaum merkliche Unterschiede in der Auffassung zutage getreten sind. Es herrschte Einmütigkeit, dass der Todfeind der sozialen Demokratie rechts steht und ihm der schonungslose Kampf gelten muß. Nicht weniger einig waren sich die Delegierten darin, dass auch den Koalitionsparteien in grundsätzlicher aber sachlicher Schärfe entgegengetreten werden muß, dass die Sozialdemokratie niemals daran denken kann und niemals daran denken wird, Koalitionspolitik um jeden Preis und auf jede Gefahr hin treiben zu wollen. Keine Koalitionspolitik wird die Sozialdemokratie veranlassen können, auch nur um Saarebrücken von ihrem Wege abzuweichen; was immer sie tut, ist allein dem großen Ziel gedient: die Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaft in eine sozialistische. So wertvoll als Hebel die politische Demokratie auch ist, ohne die soziale Demokratie hätte sie letzten Endes für die Arbeiter nur recht bedingten Wert. Ueber das Ziel und die Aufgabe sind wir uns einig, über taktische Erfordernisse werden immer Meinungsverschiedenheiten herrschen, die zum wertvollsten Ausklang gebracht werden können, wenn sie so sachlich und ernst wie gestern vertreten werden.

Den politischen Debatten lag das inhaltlich vorzügliche Referat des Genossen Oskar Beck zugrunde, das scharf und präzise die Stellung der Sozialdemokratie zu dem, was bisher geschehen ist, hervorhob, aber auch zu den Aufgaben und Pflichten der Gegenwart und Zukunft. Die Rede des Genossen Beck wird den Genossen im Lande sehr brauchbare und nützliche Anregungen für die Agitation im Wahlkampf geben.

In geschlossener Sitzung wurden die organisatorischen Fragen behandelt und Entscheidungen getroffen. Bei der Aufstellung der Kandidatenliste ist darauf Bedacht genommen worden, dass möglichst alle Bezirke des Landes berücksichtigt werden konnten, ebenso auch die hauptsächlichsten Berufsgruppen. Das natürlich in dem einen oder anderen Falle lokale Wünsche nicht glatt erfüllt werden konnten, so befreitlich und berechtigt sie auch sein mochten, war bei der kleinen Zahl der aufzustellenden Kandidaten unvermeidbar. Das war von jeher bei allen Parteien und Wahlen der Fall und wird auch immer so bleiben. Sondernurwünsche müssen eben den Allge-

Außerordentlicher Parteitag der badischen Sozialdemokratie.

Aufmarsch zur Reichstagswahl.

Karlsruhe, 24. April 1920.

Am 10 Uhr eröffnet Genosse Strobel als Vorsitzender des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Baden den in Karlsruhe stattfindenden außerordentlichen Parteitag mit der Begrüßung der Delegierten und der Notwendigkeit des Kampfes mit den Gegnern, von allen Seiten. Zum Hinweis ist für die Sozialdemokratische Partei Badens kein Anlaß, wie sich aus dem Wachstum unserer Bewegung ergibt: 1913 14 waren es 228 Ortsvereine mit 25 365 Mitgliedern, am 1. April 1920 353 Ortsvereine mit 35 550 männlichen, 5690 weiblichen zusammen 41 440 Mitgliedern, wobei noch 80 Ortsvereine mit ihren Abrechnungen ausstehen. Also kein Grund zum Hoffen.

Die Einleitung zum Wahlkampf muß eine solche sein, daß uns die Aussicht auf Erfolg sicher ist. In diesem Sinne muß der Verlauf der heutigen Tagung vor sich gehen. — In das Büro werden gewählt: Strobel, Mannheim als erster Vorsitzender; Stefan Meier, Freiburg, Herz, Mannheim, Frau Trautwein, Forstheim als Schriftführer.

Die vom Parteitag genehmigte Tagesordnung lautet:

1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Reichstagsabgeordneter Oskar G. e. d. Mannheim.
2. Kandidatenaufstellung und Wahlarbeiten. Referent: Stadtrat G. Strobel, Mannheim.
3. Die Wahl der Delegierten zur Parteikonferenz nach Berlin.

Die bevorstehenden Reichstagswahlen

behandelt Reichstagsabgeordneter

Oskar G. e. d. Mannheim

in folgender Rede:

In wenigen Wochen wird das deutsche Volk den ersten Reichstag der Republik zu wählen haben. Auf volle vier Jahre legt es damit seine Geschichte in die Hände seiner parlamentarischen Vertreter, in unserer Zeit geradezu sprunghaftem inneren und äußeren Entwicklung gewiß eine lange Frist! Was unserem Volke im November 1918 sozusagen als reife Frucht in den Schoß fiel, was es bei den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung vor fünfzig Jahren mühselos als revolutionäre Ergründung festlegen konnte; was es in den Januarjahren von 1919 und 1920 gegen die Anschläge von links, im vorigen Monat ebenso erfolgreich gegen die von rechts verteilte, das wird es jetzt aufs neue erwerben müssen, um es zu besitzen. Es wird zu zeigen haben, ob es den Geist und den Sinn des großen Geschehens der Gegenwart erfaßt hat und ob es reif ist für die große historische Mission, die ihm zugefallen ist.

Die Sozialdemokratische Partei tritt in diesen Wahlkampf auf Grund ihres alten Erörterungs Programms, an dem seither noch keine berufene Instanz irgend eine Veränderung vorgenommen, und das die Partei der fogen. Unabhängigen verlassen hat, als sie auf ihrer Leipziger Tagung im Dezember vorigen Jahres die Aufgabe des Kampfmittels der Demokratie beschloß und den Grundgedanken der Diktatur der Arbeiterklasse. Aber nun werden wir mit derselben Kraft und mit demselben Mut zur Wahrheit auch die Scheidelinie nach rechts zu ziehen haben, indem wir eine Politik machen, die auch unsere Massen beruhen, eine proletarische, von den Rücksichten auf etwaige Verbindete aus dem bürgerlichen Lager nicht mehr als unbedingt nötig gehemmte Massenpolitik.

Gewiß, unsere Stellung im Wahlkampf wird keine leichte sein. Die Schuld an allem Gend der Zeit wird in erster Linie unserer Partei, als der Urheberin der Revolution und dem einflussreichsten Teil der bisherigen Koalition, aufgebürdet werden. Aber einmal bilden wir nicht allein diese Regierung, sondern mit Zentrum und Demokraten zusammen, die also mindestens ebenso viel Verantwortung für die bisherige Politik tragen wie wir. Das Entscheidende aber ist, daß das ganze heutige Gend unseres Volkes nicht die Schuld der Revolution über der Republik und ihrer Regierung ist, sondern daß es eine naturnotwendige Folge des Krieges ist, des Zusammenbruchs, mit dem er abschloß, und des furchtbaren „Friedens“, zu dem dieser führte und führen mußte, die uns heute mit so heuchlerischer Demagogie für das nationale Gend verantwortlich machen; der früheren Konventionen und Nationalallüren.

Volle 4 1/2 Jahre haben wir in Deutschland alle Kräfte und Säfte des Volkes, seines Bodens und seiner Wirtschaft nicht nur unproduktiv, nein, direkt verzehrenden Zwecken geopfert; das Leben von mehr als zwei Millionen unserer besten auf den Schlachtfeldern geopfert und vielleicht ebenso viele zu Siegen und Krämpfen geschlagen; 4 1/2 Jahre hindurch im künstlichen Stroh, den wir, anstatt ihn dem ausgehungerten Boden als Dünger zu übergeben, als Munition verwendeten, das Brot des Volkes unerschöpflich in die Luft geschossen; jahrelang das Volk in der Heimat ohne Fett und Eiweiß hungern lassen; das letzte aus den Beständen des Volkvermögens, die Kliniken von den Türen, die Glöden von den Türen, Leinen und Wolle aus den Schränken der Hausfrau, Kupfer und Messing aus ihren Küchen geholt, um sie der Front zu opfern; viele Monate hindurch Tag für Tag für unsere Wirtschaft so bitter nötigen Schiffraum zu Tausenden von Tonnen auf den Meeresgrund versenkt; Hunderte von Millionen allwöchentlich an Kriegsausgaben aufgeschüttet; bald sechs Jahre hindurch alle Kulturarbeit in der Heimat eingestellt; keine Eisenbahnen, keine Straßen, Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser, Kinderheilstätten mehr gebaut; an Verkehrsmitteln, Bergwerken, Maschinen, Werkzeugen den ruinösesten Bauzustand getrieben und dabei die ganzen langen Kriegsjahre nicht ernstlich an die Deckung der ungeheuerlichen Kriegsschulden gedacht — und da sollte sich noch jemand darüber wundern, wenn wir kein Fleisch, kein Brot, keine Kleider, keine Schuhe, keine Wohnungen haben, wenn das Volk den Winter in kalten und dunklen Stuben verelenden mußte; wenn die Fabrikschlote nicht mehr rauchen, die Eisenbahnen verfallen, wenn die Schuldenlast des Reiches und damit der Steuerzahler zu phantastischer Höhe anwachsen, aber auch wenn die Moral des Volkes so schwer erschüttert wurde durch das furchtbare Beispiel, das ihm der Krieg mit seiner schrankenlosen Wirtshaftung von Leben und Eigentum gegeben hat? Ein verächtlicher Feind, wer so tut, als ob er etwas anderes erwartet hätte, und ein schamloser Lügner und Demagoge, wer für diesen Jammer jene verantwortlich machen will, die sich der furchtbaren Aufgabe der Liquidation der trostlosen Konsummasse unterzogen haben, die die anderen, die Schuldigen am Kriege, hinterließen.

Wollten diese Herrschaften ehrlich sein, sie müßten im Gegenteil anerkennen, daß die Republik, und in ihr die Sozialdemokratie, seit dem Zusammenbruch vor anderthalb Jahren für Reich und Volk geradezu Angeheuerliches geleistet hat. Daß wir so rasch, als es überhaupt möglich war, zum Frieden kamen;

daß wir in den Verfassungen wieder die Grundlagen für ein geordnetes staatliches Leben schufen; daß Wirtschaft, Verkehr, Volksernährung wenigstens notwendig im Gange blieben; daß durch den Rest stark zugereißene Steuern wenigstens der Anfang zur Deckung der furchtbaren Kriegsschulden gemacht wurde; daß die Arbeitsfreude des Volkes langsam zurückkehrte; daß wir das feindliche Ausland mehr und mehr vom Ernst unserer demokratischen Staatseinrichtungen und von der Umkehr zu friedlicher Politik überzeugten und mit dem zunehmenden Vertrauen des Auslandes auch die Möglichkeit zum beginnenden wirtschaftlichen Wiederaufstieg und zu Lebensmittel- und Rohstoff-Abkommen gewonnen — das und hundert andere Dinge sind doch wahrhaftig Leistungen, mit denen wir uns als Partei und als Teil der Koalitionsregierung leben lassen können. Wer das Volk immer noch auf die „herrlichen Zeiten“ des Kaiserreiches hinweist, um Stimmung gegen die Republik zu machen, dem fordern wir den Beweis dafür, daß es dem deutschen Volke heute besser ginge, wenn es an der Monarchie festgehalten hätte. Niemand wird uns diesen Beweis erbringen können. Oder glaubt man, die Interkänder Wilhelms II. hätten von der Entente einen besseren Frieden bekommen als die der Republik? Und die Arbeiterklasse würde unter dem alten System der Monarchie, des Militarismus, des Dreiklassenwahlrechts und industriellen Herr-im-Haus-Standpunktes fleißiger arbeiten, der deutsche Boden mehr Ertrag liefern und der Feindbund uns mehr Kredit gewähren als jetzt? Nein: die Wiederkehr des alten Systems ist für unser Volk nicht nur gefühlsmäßig unerträglich, sie ist auch eine politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit und würde, beharrlich betrieben, schließlich zur Zerschlagung und zum totalen Zusammenbruch des Reiches führen. Und wenn es uns bisher gelungen ist, das Reich als solches zusammenzuhalten und insbesondere die Separationsbestrebungen der Franzosen zurück zu machen, so ist das in erster Linie ein Verdienst der sozialdemokratischen Arbeiterklasse. Sie, die schon lange vor dem Kriege streng zentralistisch organisiert und jedem Opportunismus abhold war, sie, und nicht das Zentrum, hat in der Reichspolizei und im Rheinland den Franzosen, in Schlesien den Polen die Röhre gezeigt, und wenn heute die Reichseinheit gefährdet ist als früher, so ist das Schlußwort von 22 Monaten her dauernd gefährdet, wenn Behnweien, Post, Verkehr, Wasserwirtschaft zur Neige gegangen sind und das Reich damit erst in einen wirklichen, das Volk zentralistisch orientierenden Zustand bekommen hat, so ist das ein Verdienst der Revolution und der Republik, das in seiner ganzen Größe erst von den späteren Generationen einmal voll wird gewürdigt werden. Alles in allem: Republik und Sozialdemokratie können sich mit ihren Leistungen bei den kommenden Wahlen sehr wohl bescheiden lassen, und das Volk wird sich von den demagogischen Verleumdungen der Rechtsparteien in seinem Urteil nicht verwirren lassen.

Aber auch unsere Gegner von links werden wir nicht den Gefallen tun, uns als Vagabunden behandeln zu lassen. Sie haben ein so reichlich Teil der Schuld daran, wenn sich die Lage unseres Volkes seit dem Zusammenbruch noch nicht mehr, als gelichtet, gebessert hat, daß die Rolle des Anklägers ihnen heute nicht zukommt. Sie werfen uns vor, die Revolution sabotiert zu haben, weil wir ihre Generalstreik- und Volkspolitik und die Methode der Arbeiterdiktatur nicht mitgemacht haben. Am liebsten hämmern sie ihre Theorien — Pflöckerding, Kautskis, Strobel usw. — lautlos freilich anders. Der Oberbefehlshaber der Berliner „Freiheit“ nannte die Berliner Januar-Märsche von 1919 die „Marxistische Revolution“ und bezeichnet den Gedanken an den bewaffneten Aufstand einfach als Wahnsinn. „Neuernehmen“ hänge die Arbeiterklasse schließlich die Macht, nicht aber sie bekämpfen. Die Diktatur des Proletariats müsse, da die Bauern nichts mehr in die Sacke liefern, die Beamten und die industriellen Unternehmer streiken und der Feindbund uns blockieren, alle Zufuhren und Kredite sperren würde, zum Abfall auch der Arbeiterklasse von der Arbeiterdiktatur und damit unweigerlich zum Sturz der Regierung führen. Was dann kommen würde, sagt Hilferding zwar nicht ausdrücklich, da er aber auf Ungarn verweist, so wissen wir doch, was er darüber denkt: militärische Reaktion und der weiche Streifen wären die unausweichlichen Folgen.

Diesen unheimlichen Ideen gegenüber gibt es für uns nur einen Grundgedanken, den der Demokratie, der Politik auf der Basis des Arbeiterbundes. — Demokratie nicht als Selbstzweck, sondern nur als politisches Mittel zum Zweck der Ermöglichung des Sozialismus. Wir wissen, daß die Klassenlose Gesellschaft, die wir anstreben, nicht durch die politische Gleichberechtigung, sondern lediglich durch die Beseitigung der sozialen Gegensätze zu erreichen, und daß das einzige Mittel hierzu der Klassenkampf ist. Diesen Kampf aber wollen wir führen mit den Waffen der politischen Demokratie, die in ihrer sozialen Anwendung und Auswirkung also auch Sozialismus ist. Wir rechnen dabei mit der nach den Gesetzen der Soziologie unaufhebbaren Tatsache, daß immer größere bürgerliche Schichten, insbesondere auch der Beamten- und Angestelltenstand, politisch zu uns herüberkommen, sodas die Sozialdemokratie in absehbarer Zeit die Mehrheit der Wählerkraft bildet. Das wird der Zeitpunkt sein, wo wir die politische Macht ergreifen und mit der eigentlichen sozialistischen Arbeit auch auf wirtschaftlichen Gebieten beginnen können. Der gewaltfreie Teil der sozialen Revolution ist für uns mit der Erringung der politischen Demokratie abgeschlossen; Gewaltanwendung kommt für uns jetzt nur noch zur Verteidigung der Demokratie in Betracht, nicht aber zur ihrer Bekämpfung. Und die Gewaltanwendung von links gegen die Demokratie halten wir für gegenrevolutionär, weil sie, wie Mühsen und Ungarn deutlich gezeigt haben, nur den Feinden des Sozialismus nützt.

Gegen die Kampfmethoden der Unabhängigen und Kommunisten erheben wir aber auch den Vorwurf, daß sie die Republik in ihrer Arbeit zur Liquidation des Krieges — durch die ewigen Puffe und Streiks — in geradezu verbrecherischer Weise gestört und die Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft um viele Monate zurückgeworfen haben. Und die unausgesetzten Denunziationen der Politik der Republik der Entente gegenüber als einer solchen, der es mit der Wirtshaft und mit der Demokratie nicht ernst sei, hat uns immer wieder erneuten wirtschaftlichen Drangsalierungen und moralischen Demütigungen, insbesondere durch Frankreich, ausgegesetzt, wie wir sie zuletzt wieder in der Besetzung des Maingaues sahen. Freilich: wer behauptet auf den Zusammenbruch Deutschlands hinabzettel, um auf den Trümmern desselben dann die Herrschaft der Mäse zu errichten, für den mag jenes Verfahren praktisch sein; man sollte aber glauben, daß einen solchen verbrecherischen Wahnsinn, bei dem in erster Linie das Proletariat die Kräfte zu tragen hätte, auch in der stark links gerichteten Arbeiterklasse kein Vernünftiger mitmacht.

Es ist das tragische Geschick des deutschen Volkes, daß es seit dem Zusammenbruch von 1918 zwischen den Kaffirmen von links und rechts ruhelos hin und her geworfen wird. Links schreit man: „Arbeiterräte, Bünde, Arbeitermörder, die die Revolution verraten!“ und rechts: „Republik, die den Mut

zum Zugreifen gegenüber den bolschewistischen Anschlägen nicht haben und die nationale Wirtschaft durch überführte Sozialisierung zertrümmern!“ Wie immer in solchen Fällen, wird die Wahrheit wohl in der Mitte liegen, darin nämlich, daß die Sozialdemokratie aus den Regierungen bisher für das Proletariat alles herangeholt hat, was möglich war, ohne die nationale Wirtschaft, die unter den besonderen Umständen dieses Friedens nach einem furchtbaren militärischen Zusammenbruch vorläufiger Schonung bedarf, bis zur Vernichtung zu schwächen.

Wenn die Sozialdemokratische Partei sich dabei als ein Element der Vernunft und der durch den Jüngling der Verhältnisse gebotenen Mäßigung erwies, so mögen die Bürgerlichen — das sei ihnen deutlich gesagt — daraus nicht den Schluß ziehen, als hätten wir auf die Verwirklichung unserer spezifisch sozialistischen Endziele Verzicht geleistet. Um den Rest und die bürgerliche Gesellschaftsordnung gegen Spartakus und Bolschewisten zu schützen, dazu ist die sozialdemokratische Arbeiterkraft nicht da. Wir werden die Revolution bis zum endgültigen Siege, wenn auch mit den gesetzlichen Mitteln der Demokratie, weiter treiben und nicht ruhen, bis unser Ziel erreicht ist.

Nach innen werden wir die Sozialisierung mit allem Nachdruck zu fördern haben. Betriebe — wie der Steinbrüche- und Kalibergbau, die Elektrizitätsindustrie, das Versicherungs- und Bankwesen —, die entweder von Natur aus oder durch ihre stark fortschrittliche Verfassung einen monopolartigen Charakter haben oder vorwiegend allgemeinen Volksinteressen dienen, dürfen nicht länger der privaten Unternehmung überlassen werden, und der Zustand, daß einzelne Aktiengesellschaften — ich erwähne als Beispiel nur die Leder- und die Zuderfabriken — heute noch ungeheure Gewinne abwerfen, indes die Bevölkerung für ihre Produkte, wenn sie ihr überhaupt zugänglich sind, unerschwinglich hohe Marktpreise zahlen muß. — Dieser Zustand ist für ein Volk nach so langen Jahren des Blutes und Opfers auf die Dauer schließlich unerträglich. — Die Schwierigkeiten dieser Sozialisierung dürfen wir uns freilich nicht verhehlen. Ein hohes Geisid will es, daß der Sozialismus zum ersten Male in der Welt die Probe aufs rechteckige Gempei machen soll in einem Lande, wo er einen völlig blutigeren und gerüttelten Wirtschaftskörper vor sich hat. Die Gefahren, die sich bei einem solchen Versuch an untauglichen Objekten ergeben, sind groß. Seien wir also vorsichtig, daß er nicht zur Kompromittierung des Sozialismus führt und der Sache des Proletariats damit mehr schadet als nützt!

Daß das Volk endlich eine Wehrmacht geschaffen sehen will auf die die Republik sich verlassen kann, darüber ist kein Wort weiter zu verlieren. Und ebenso verlangen wir auch bei diesem Anlaß wieder mit allem Nachdruck die Säuberung der Beamtenschaft, besonders der höheren, von jenen Elementen, die es nicht über sich bringen, auch innerlich sich mit den neuen Verhältnissen abzufinden. Wenn entfernt, ihnen dabei ein Opfer der Überzeugung zumuten, müssen wir von den Beamten im Staat und Gewerbe verlangen, daß sie der Republik und ihrer Einrichtungen zum mindesten jene Achtung entgegenbringen, die jede auf dem Willen der Volksmehrheit beruhende Institution beanspruchen kann. Für dunkelhafte Überhebungen über den Geist der Demokratie und über die neuen Verhältnisse, die er aus Ader gebracht hat, darf in Zukunft in der Deutschen Republik kein Raum mehr sein; das Volk, das den neuen Freiheit so teuer erkauft hat, wird sich die Untergrabung der wichtigsten Einrichtungen desselben nicht länger gefallen lassen. Die Beamtenschaft, deren verdienstvolle Mitarbeit an der Jungaufstellung der Staatsmaschine während der Umwälzungen im November 1918 und deren im Ganzen einwandfreies Verhalten während der Kappzade vor sechs Wochen die Republik dankbar anerkannt, können versichert sein, daß sie in den Sozialdemokraten allezeit bereitwillige Helfer in ihren wirtschaftlichen Mühen finden, und daß sie sich, wenn erst einmal bessere Zeiten kommen, im deutschen Prestige weit wohler fühlen werden als früher unter dem Regime der Monarchie.

Ein besonderes Augenmerk müssen wir in dieser Hinsicht auf unsere Hochschulen richten, die sich als Brutstätten der Reaktion erwiesen haben, und deren verderblichem Einfluß auf unsere untern und äußere Politik endlich ein Riegel verpfecht werden muß. Mit der Freiheit der Forschung hat dies gar nichts zu tun; diese wollen auch wir geschützt wissen. Was wir aber nicht dulden, das ist, daß an den Universitäten usw. der Jugend der Geist der Verringschätzung, ja geradezu des Hasses gegenüber der Republik eingeblasen wird, und daß die aus den Mitteln der Volksgemeinschaft geschaffenen und unterhaltenen Einrichtungen dieser Schulen zu einem Zweck mißbraucht werden. Für die Heranzüchtung von Struempfüß gegen Demokratie und Sozialismus werden das deutsche Volk die enormen Kosten der Hochschulen nicht auf.

Auch die Agrarfrage verdient unsere gespannteste Aufmerksamkeit. Die Aufteilung des Großgrundbesitzes ist bei uns in Baden ja bereits ernstlich in Angriff genommen. Wir halten es für falsch, zu verkennen, daß auch der Bauer unter der Not der Zeit leidet, daß Kleider und Schuhwerk, Geräte, Werkzeuge und Maschinen, Futtermittel und Düngestoffe für ihn um ein vielfaches teurer geworden sind als im Frieden. Eine einseitige Konsumtenpolitik wäre deshalb falsch, und das Volk in den Städten hat allen Anlaß, die Arbeitsfreudigkeit der Bauern nach Kräften zu heben. Denn noch auf lange Jahre hinaus werden wir im wesentlichen auf die Erzeugung des heimischen Bodens angewiesen sein. Ein gutes Gedeihen zwischen Stadt und Land herzustellen, muß also eine unserer wichtigsten Aufgaben sein.

So viel über unsere Politik im Innern! Was unser Verhalten gegenüber den anderen Völkern, also unsere fogen. äußere Politik, betrifft, so fällt der Sozialdemokratie dabei gleichfalls eine hohe historische Mission zu: die der Wiedernäherung der Völker nach der chauvinistischen Vergiftung durch den Krieg. Die Bourgeoisien verjagen bei dieser Aufgabe, am ersten jener Teil, dessen Kriegspolitik unser ganzes heutiges Gend verurteilt hat. Diese Aufgaben lösen wir erfolgreich einmal durch eine demokratische Politik im Innern, die auch jeden Verdacht des Rückfalls in die alten Methoden des Militarismus und Imperialismus ausschließt, und dann aber, nach außen, durch eine ehrliche und erste kulturelle Gemeinheitspolitik gegenüber allen Völkern der Erde. Vergessen wir nicht, daß das Problem unserer wirtschaftlichen Wiederaufbaues nicht ein nationales, sondern ein internationales ist, und daß wir es deshalb allein, ohne die übrigen Völker, nicht lösen können! In dieser Lösung bedürfen wir freilich des sympathischen Verständnisses und Entgegenkommens der Klassen- und Geimungsgenossen, besonders der westlichen Demokratien, Frankreichs, Englands und Amerikas, bei denen das Schwerkgewicht der industriellen Entwicklung liegt. Leider hat vornehmlich Frankreich uns hier dieses Verständnis fast völlig verjagt, wenn in der letzten Zeit gewisse Stimmen von führenden französischen Genossen auch eine Besserung zu verdröhen scheinen.

Vor allem ist es aber die unfinnige Gewalt- und Nachpolitik der Pariser Regierung, die Deutschland nicht zur Ruhe und zur Erholung kommen läßt. Ihre sorglosen Drangsalierungen werden in unseren nationalistischen Kreisen immer wieder den Geist der Revanche, ermuntern sie zu Rufforderungen, führen dann in logischer Weiterentwicklung zu neuen Repräsentanten der Franzosen (wie bei der Besetzung des Rheingebietes) und stacheln das deutsche Volksempfinden dadurch neuerdings zu Erbitterung und Unbesonnenheit auf — ein ewiger Kreislauf von Sündhaftigkeiten, die die endliche Ausschöpfung der Kräfte in weite Ferne rücken. Eines der angesehensten Blätter des uns ehemals feindlichen Italien, die Turiner „Stampa“, war es, das kürzlich in einem auch in Deutschland vielbeachteten Artikel auf die Vernunftwidrigkeit der Entente-Politik gegenüber Deutschland hinwies, die, anstatt die deutsche Volkregierung zu stützen und zu stärken, immer nur darauf aus gewesen sei, sie zu untergraben:

„Weiben Reich und Regierung in Deutschland aufrecht und überwinden sie auch diese Krise, so werden sie — sagt die „Stampa“ wörtlich — Europa eine Wohlthat erweisen, die es nicht verdient hat... Das deutsche Volk ist trotz Niederlage, Demütigung und physischer Schwächung noch kräftig genug, um sich selbst und Europa zu retten. Das Weltgericht der Weltgeschichte hat das Urteil, wenn aus dem nunmehr sechsjährigen Kampfe der Sieg gebührt, noch nicht gesprochen. Wahrscheinlich siegen wird jenes Volk, das die Befehle der Vernunft zuerst aufreicht wird.“

So das Blatt unserer ehemaligen Feinde! Sorgen wir dafür, daß das Urteil des Weltgerichts, von dem es spricht, zu unseren Gunsten ausfällt! Dazu bedürfen wir jetzt des deutschen Volkes bei den bevorstehenden Wahlen! Nicht links, bei der „Blinden Gewalt der roten Draufgänger“ — wie die „Stampa“ im selben Zusammenhang sagt — und nicht rechts, bei den Labrednern des alten Systems, die, noch mit der fürchterlichen Plutokratie des eben beendigten Krieges beladen, bereits wieder mit dem Gedanken eines neuen Krieges spielen — nein: allein bei der Sozialdemokratie wird das deutsche Volk jene Politik finden, die „die Befehle der Vernunft aufreicht“. Um ihr Banner muß sich deshalb jetzt die deutsche Wählerchaft scharen, wenn sie das Reich und mit ihm Europa und seine Kultur retten will. Am Höhepunkt des höchsten Parteikampfes, den die Sozialdemokratie nicht etwa um Kleinliche Parteivorteile kämpft. Das Leben des deutschen Volkes steht auf dem Spiel, und mit ihm die Existenz Europas, die Kultur der ganzen Menschheit. Wohl, zeigen wir uns der hohen Mission, die wir bei den nächsten Wahlen zu erfüllen haben, gewachsen, indem wir unsere letzten Kräfte einsetzen für Demokratie und Sozialismus, für Föderation und friedliche kulturelle Zusammenarbeit der ganzen Welt!

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat folgte die

Diskussion

Die Redezeit wird auf 10 Minuten festgesetzt. Endres-Redargemünd hält es heute für schwierig, eine andere Politik einzuschlagen. Es ist eben schwierig, Sozialdemokratie und bürgerliche Parteien in einer Regierung zu vereinigen. Dieser Umstand, der uns zwingt, manche bürgerliche Maßnahmen zu dulden, bringt gewisse Verwirrung im Lande hervor. Wir müssen Arbeiter und sozialdemokratische Beamten in die Verwaltungsmaschinerie bringen, um hier die Verbindung mit dem neuen Staat herzustellen. Denn der sozialdemokratische Minister genügt nicht, solange nicht die ausführenden Organe im freihetlichen Sinne wirken. Wir müssen tatsächliche Maßnahmen finden, um eine Annäherung nach links zu erreichen. Dies geschieht, wenn wir wieder Oppositionspartei werden.

Dr. Kraus-Heidelberg erklärt, daß wir reslos hinter das glänzende Referat Geds treten können. Wenn wir nur auf Wahlagitation ausgingen, dann wären wir nicht in der Regierung, sondern draußen, da Oppositionsparteien immer die größte Zukunft haben. Wir müssen jedoch daran denken, daß wir uns bereits im Uebergangsstadium zum Sozialismus befinden. Wir können nicht in die Opposition gehen, weil ohne Sozialdemokratie der Aufbau Deutschlands unmöglich wäre. Auch wären die Arbeiter nicht damit zufrieden, wenn wir aus der Regierung herausgegangen wären, da in diesem Falle die Arbeiterfragen und andere Befehle anders erledigt werden würden, als es jetzt der Fall. Allerdings, das muß auch mit Hinblick auf den Ausfall der Wahlen gesagt werden: verhört sind wir mit der Koalition nicht. Durch die Opposition würden wir auch nicht die Kräfte erhalten, die uns gefehlt haben. Nur durch Mitarbeit ist es uns möglich, positiv unser und Europas Schicksal mit zu gestalten, um den „Untergang des Abendlandes“ zu verhindern.

Genossin Blase-Mannheim weist auf die Notwendigkeit der Beteiligung der Frauen an den kommenden Wahlen hin. Die

Sozialdemokratie ist es, der die Frauen das Frauenwahlrecht verdanken. Die Frauen sind es vor allem, die die Folgen der kapitalistischen Politik der bürgerlichen Parteien tragen müssen. Sie müssen deshalb in Massen an den Wahlversammlungen teilnehmen, damit sie Mitarbeiterinnen und Mitstreiterinnen unserer guten Sache werden.

Stolz-Waldshut: Deutschland darf in Zukunft nicht mehr durch den Militarismus repräsentiert sein, sondern durch seine Friedensarbeit. Der Redner bekämpft das System Noske.

Müller-Red-Vietigheim: Die Reichswehr muß auf eine demokratische Grundlage gestellt werden. Noskes Politik war unrichtig. Die alten abligen Offiziere müssen aus der Reichswehr entfernt werden. Redner kritisiert es, daß Generale wie Seckt noch immer im Dienst sind. Die Regierung muß dem Proletariat Vertrauen entgegenbringen. Gegen die Judenhebe muß eingeschritten werden. Unsere Aufgabe ist, die Entwicklung zum Sozialismus zu beschleunigen.

Kullmann-Karlsruhe: Der Referent hat seine Aufgabe glänzend gelöst. Wir müssen unsere sozialistischen Grundzüge scharf hervorheben. Die Demokratie muß richtig verstanden werden, es darf nicht ein leeres bürgerliches Schlagwort werden. Demokratie heißt Gleichberechtigung in politischer und wirtschaftlicher Beziehung für alle diejenigen, die produktive Arbeit leisten. Nichtarbeitenden können wir nicht die Gleichberechtigung in gleichem Sinne zuerkennen. Wir können nur solange an einer Koalitionsregierung teilnehmen, als sie sich ehrlich auf den Boden der richtig verstandenen Demokratie stellt. Den Terror als Mittel zur Erringung einer klassenlosen Gesellschaft lehnen wir ab. Nur mit dem Mittel der Demokratie schaffen wir im Ausland die Stimmung, die eine Revision des Versailler Friedens ermöglicht.

Graf-Forzheim: Wir müssen scharf den Gegensatz der Weltanschauungsfragen betonen. Unsere Aufgabe im Wahlkampf ist: Scharfer Angriffskampf gegen rechts, Abwehr der Angriffe von links. Der Wahltermin ist mit Rücksicht auf die Ernährungslage, deren Ursachen aufklären dem Volke gezeigt werden müssen, nicht sehr günstig. Es muß rascher eingeschritten werden mit der Säuberung der Beamten. Ebenso muß endlich die Bestrafung der Kapp-Putschisten erfolgen, das Volk verfehlt hier die Forderung der Regierung nicht.

Großhans-Konstanz: Wir müssen den Wahlkampf führen nach dem alten Grundsatz: Gau um dich, feste um dich! Redner bedankt der zahlreichen Anhänger am Lande. Diese Wähler gilt es zu halten. Wir müssen deshalb eine Politik treiben, die den Interessen der kleinen und mittleren Landwirte gerecht wird. Die bürgerliche sozialdemokratische Landtagsfraktion hat durch ihre Bauernpolitik bewiesen, daß sie den Rufschlag der Zeit geführt hat. Erst wenn Bauer und Arbeiter sich gegenseitig die Hand reichen, ist der Weg zum neuen sozialistischen Gesellschaftsorganismus frei.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Im Schlußwort stellt Genosse Oskar Ged die Einmütigkeit der Gesamtstimmung fest. Das Jahr 1920 muß uns einen neuen Sieg des alloreichen Gedankens des Sozialismus bringen. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf eine längere Pause wird abgelehnt. Nach einer zehnminütigen Pause wird die Tagung fortgesetzt und zwar in geschlossener Sitzung. Als Vertreter der Mandatprüfungskommission gibt Steier-Lahr Bericht und beantragt Gültigkeitserklärung der Mandate. Der Parteitag zählt 170 Mitglieder und zwar 156 Delegierte der Ortsvereine, 8 Vertreter der Landtagsfraktion, 3 Vertreter der Reichstagsfraktion, 8 Vertreter vom Bezirksvorstand, 40 Vertreter des Bezirksausschusses und Gen. Wiebmann als Vertreter der heftigsten Amtesorganisation als Gast.

Zur Kandidatenaufstellung

referiert Genosse Strobel. Auf der Vorschlagsliste des Bezirksamtes, über die sich eine Diskussion entspinnt, sind alle Landesteile und alle Berufsgruppen vertreten. In der Diskussion wird vor allem von Forzheim darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, den Kandidaten aus Forzheim an dritter Stelle zu setzen. Forzheim habe infolge seiner Stimmengahl Anspruch darauf, mindestens weiter vorne hingestellt zu werden.

Genosse Sühle (früher Strazburg) bittet, ihn von der Kandidatenliste zu streichen, da es ihm zurzeit nicht möglich sei ein Mandat anzunehmen. Er sei eventuell später bereit, sich der Partei zur Verfügung zu stellen.

Dr. Kraus-Heidelberg: Man sollte weniger Lokalpatriotismus treiben und vor allem die Genossen auf die Liste setzen, die seither schon in der Nationalversammlung waren und dort gute Arbeit leisteten.

Engler-Freiburg: Wenn ein Gebiet Anspruch auf Vertretung habe, sei es das Oberland. Die Forzheimer sollten sich

dieses niemals sein. Aber wenn an seiner Stelle das schönere Gebäude steht, dann löst das Wert der Reiter.

Viele Neugierige passierten die Siedlung Hagenjäh. Man möchte die Stätte sehen, auf der das vielbesprochene, vielbesungene, viel wirtschaftliche Seite wird hier wenig gesprochen, desto mehr von der ästhetischen, künstlerischen, nach dieser Richtung äußert sich niemand begeistert. So läßt sich alles noch nicht aus, wie der dichteste Waldesrand, und es ist so, die Verliebe für den Wald ist alles Ertrag des deutschen Volkes. Nation lagern nicht Jahreshundert lang Festlager, Pflanzungen und Gärten, sondern mitten im Walde. Heinrich von Treubach macht darauf aufmerksam, daß der Wald aus der Vorderseite ihrer Verliebtheit liegen, daß der Wald allein, auf dem Boden liegend, durch Baumzweige und über Baumspitzen den Himmel anzuwachen, und das bereicherte Zeugnis für die Waldliebe des Deutschen bringt die Tatsache, daß ein Deutscher, Freiherr von Eichendorff, sein bester Dichter war und daß Richard Wagner die ergeizendsten Töne für die Waldvertikale gefunden hat.

Aber es gibt in Deutschland ohne Zweifel auch eine Art Waldnobismus, so gut, wie es in der ganzen Welt einen Kunstnobismus gibt. Man liebt den Wald, gewiß! Vielleicht ein wenig, vielleicht etwas mehr, vielleicht ausgesprochen, aber größer als Liebe und Verliebe ist hier das Gerede um die Verliebe. Das soll eine schöne Sache sein, wenn man möglichst jedem gefälligen Baum gleich einen ganzen Retzlog nachweint. Und steht es nun nach Lage der Dinge so, daß einem gemeinnützigen Zweck gleich ein Teil, wenn auch nur ein kleiner Teil eines großen Waldes geopfert werden muß, so gibt es der lauten Klagen kein Ende, die von den Waldnobisten der schönen Seite zuliebe angestellt werden. Wir können es uns heutzutage nicht leisten, gegen aufrechtiges Allgemeinempfinden immer nachgiebig zu sein. Und sentimental sein, um einem Nobismus entgegen zu kommen, das wollen wir nicht einmal.

Vom Wirtschaftlichen soll hier nicht die Rede sein. Das ist leicht gesagt, aber man kommt doch irgendwie an dieses Thema heran. Gerade eben im Hagenjäh.

Es ist Freitagabend. Die Gade auf der Schulter oder die Art, irgend ein Arbeitsinstrument unter dem Arm, lehren die Hunderte heim. Männer und Frauen, welche Holzgabeln und Baumrinden geammelt haben, schaffen ihre erderte Habe auf vollbeladenen Wagen nach Hause. Alle wissen, wo sie hingelassen. Inwiefern, der sich mal von Karlsruhe oder sonstwoher einen Arbeiter in den Hagenjäh geföhrt hat, weiß das, falls er in der Gegend übernachtet will, noch nicht. In Cutingen

an dem Bescheiden der Oberländer Genossen ein Beispiel nehmen.

Genossin Fager-Karlsruhe und andere Genossinnen wünschen eine Frau an mehr ausrichtreicher Stelle. Nach Schluß der Debatte wird ein Antrag, die Genossin Blase an achter Stelle zu setzen, angenommen. Da Wöhle verzichtet hat, soll an 21. Stelle Müller-Red-Karlsruhe gesetzt werden.

Die Kandidatenliste

lautet demnach:

1. Ged Oskar, Redakteur und Stadtverordneter, Mannheim.
2. Schöpflin Georg, Redakteur, Karlsruhe.
3. Riedmiller Lorenz, Holzarbeiter, Emmendingen.
4. Stoll Christian, Unterstaatssekretär R.W.M., Heidelberg.
5. Graf Oskar, Kassenbeamter, Forzheim.
6. Rieslich Adolf, Gewerkschaftsbeamter, Brach-Stetten.
7. Schieferhedeck Wilh., Geschäftsführer, Billingen.
8. Blase Theres, Landtagsabg., Mannheim.
9. Strobel Georg, Stadtrat, Mannheim.
10. Maier Emil, Stadtrat und Vizepräsident des bad. Landtages, Heidelberg.
11. Häffig August, Landwirt, Bahlingen.
12. Pech Otto, Eisenbahnsekretär, Karlsruhe.
13. Winter Josef, Schneidermeister, Offenburg.
14. Müller Adolf, Gewerkschaftsbeamter, Schopfheim.
15. Seck Wilh., Dr. prakt. Arzt, Ueberlingen-Epshgart.
16. Trautwein Edith, Hausfrau, Forzheim.
17. Berger Ludwig, Biermeister, Ottenau.
18. Ganher Jakob, Geschäftsführer, Bensfeld.
19. Großhans Karl, Schriftföhrer u. Landtagsabg., Konstanz.
20. Kraus Emil, Dr., Redakteur u. Landtagsabg., Heidelberg.
21. Müller-Red Walter, Kaufmann, Karlsruhe.
22. Staiber Wilhelm, Schneider, Bruchsal.

Zur Parteikonferenz in Berlin werden delegiert: Strobel-Mannheim, Schöpflin-Karlsruhe, Riedmüller-Freiburg, Reinhold-Singen, Marum-Karlsruhe, Genossin Fischer-Karlsruhe.

Mit einem lebhaften Appell zum kommenden Wahlkampf schloß Genosse Strobel um 10 Uhr den Parteitag.

Aus der Partei.

r. Durmersheim, 25. April. Ortspartei. Morgen Dienstag abend 8 Uhr findet im Gasthaus „zur Krone“ die Generalversammlung statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung, u. a. wird auch die Kohlenversorgung besprochen, ist vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig.

Gemeindepolitik.

I. Oraben, 23. April. Die letzte Sitzung des Bürgerausschusses hatte folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Genehmigung eines Verlebens für die Baugenossenschaft. 2. Geschenk an die Kriegsgefangenen hiesiger Gemeinde von je 200 M. 3. Festsetzung der Gehälter der Gemeindebeamten. Bei Punkt 1 fühlte sich ein konservativer Herr veranlaßt, seinem Unmut über die Vorlage mit den Worten Luft zu machen: man möge dann gleich den zukünftigen Mietern der Genossenschaftshäuser eine ausreichende Unterstützung bewilligen, damit dieselben ja nichts mehr zu tun brauchen, als die Köpfe aus dem Fenster zu strecken! Allgemeine Heiterkeit belohnte diese humoristische Leistung; die Vorlage wurde nach diesem heiteren Zwischenfall angenommen. Die zweite Vorlage wurde ohne weitere Debatte genehmigt. Zu Punkt 3 hatten die Parteien in einer vorher statgefundenen Kommissionsitzung berichtet, sich zu einigen. Da jedoch die konservativen Vertreter die Arbeit der Gemeindebediensteten nicht entsprechend den Einnahmen ihrer Parteifreunde aus Eiern, Butter, Milch etc. einschätzten, d. h. kein Verständnis für die wirtschaftliche Notlage der Gemeindebediensteten, herbeigerufen durch die hohen Lebensmittelpreise, hatten, konnte keine Einigung erzielt werden. Am folgenden Tage hielten unsere und die demokratischen Ausschüßmitglieder eine gemeinsame Sitzung ab, in der man sich auf die Vorlage des Gemeinderats mit kleinen Veränderungen einigte. Auf diese Weise kam die Vorlage auch gegen den Willen der „Andergläubigen“ unter Dach. — Zum Schluß haben wir nur noch den Wunsch, daß die politische Neuorientierung der demokratischen Partei eine bleibende sein möge zum Wohle der Gemeinde.

Im Hagenjäh.

Man hat Hoblers Meisterwerk der Holzgäcker gut im Gedächtnis. Ein Gemälde, wie es der Schweizer Künstler entworfen hat, kann man jetzt an 500 Modellen im Forzheimer Hagenjäh in Wirklichkeit studieren. Immer zu Zweien arbeiten sich die Holzgäcker von entgegengesetzter Seite mit der Art in den Baum hinein. Der Meißel mit seiner gigantischen Unbezwingbarkeit trägt lange, aber endlich kommt der Streich, der ihn niederzwingt.

Von seiner Existenz bleibt nur noch ein Stumpf bestehen. Aber auch der wird ihm nicht gelassen. Die Fläche, welche er und seine Baumgenossen bedeckt haben, soll der Aufsiedlung dienen. Es sollen Häuser, Gärten, Scheunen, Ställe und was sonst menschlicher Wohnungs- und Lebensbedarf erfordert, darauf entstehen. Mit der Wurzel muß jeder Baum aus der Erde herausgerissen werden. Das kann man heute sehr schnell haben. Mitten in die Arbeitssymphonie der Hunderte, welche ihre Werte in die Bäume hineinbringen, mitten in die Musik, welche die Entrindung der gefällten Bäume macht, fährt eine gewaltige Detonation hinein. Der ersten folgen im Zeittempo zwanzig, dreißig andere Detonationen. Man hört ihr Echo von allen Waldenden. Man hört diese Detonationen in Forzheim, bis Cutingen, bis in alle Orte der Nachbarschaft. Wenn eine Kahlhiebfläche geschaffen ist, von der die Baumstämme bereits entfernt wurden, dann können Sprengungen stattfinden. Damit wird den Klumpenstäben der Waldriesen der Rest gegeben. Ein imponantes Bild bietet der Hagenjäh auf seiner Siedlungsstätte trotz aller dieser Zerstörungsarbeiten immerhin dar. Auf einer großen quadratischen Kahlhiebfläche liegen die entrindeten Bäume, zu Hunderten, zu Tausend. Nach allen Richtungen. Ein Schlachtfeld und eine Leichenstätte für Naturriten. Und dieses Bild findet sich so oder so ähnlich doppelt, mehrfach wieder. Vollbenadete Höhenrücken und dann wieder so eine Kahlhiebfläche, wieder so ein Friedhof der Naturriesen. Imposant wirkt es, aber erhebt nicht. Freilich, das Bild wirkt vernichtend. Aber bedenken wir auch, vorläufig ist alles bloß Vernichtungswort, welche teils berichtet wird; sozusagen die negative Seite des Siedelwerkes. Man sieht und hört die Zerstörungsarbeit und man sieht das Resultat der Zerstörungsarbeit. Den Aufbau, das vollendete Werk der Antriebelung sieht man noch nicht. Wenn hier bereits menschliche Wohnstätten, Gartenanlagen u. dgl. entstanden sein werden, dann wird sich das freilich erfreulicher ausnehmen. Der Hagenjäh wird zum Segen geworden sein. Die Trümmerstätte eines Hauses kann vielleicht auch ein imponantes Bild bieten, erhebt nicht

ein Fremdenzimmer zu haben, in Forzheim auch kaum. Stundenlang kann man suchen, bis man irgendwo ein Unterkommen findet. Die Hotelportier weisen mit Stolz darauf hin, daß sie manche Vorbereitungen für ein Zimmer zur Nacht zuvorbereiten müssen. Ja, ja, man muß hier immer an das Wirtschaftliche denken. Und bekommt sehr konkret zu spüren, warum die eben im Hagenjäh am Siedlungsprojekt schaffen. W. A.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier aufgeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.) Von der Neuen Zeit ist soeben das 4. Heft vom 2. Band des 38. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Reichstagskonferenz und Schulreform. Von Dr. Ad. Lohmann. — Sozialdemokratie und Kulturpolitik. Von Dr. Otto Bournon (Köslin). — Zur Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens. Von A. Ellinger. I. — Die Berufsbildung der Verwaltungsbeamten. Von Wilhelm Guse. — Referendum und Volksinitiative. Von Arie Willem Hjereman (Schluis).

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 0.75 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das Einzelheft kostet 75 S. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von „Wahren Jacob“ ist soeben die Nummer (9) des 37. Jahrgangs erschienen. Der Preis der Nummer ist 50 A. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. S. W. Dieckhoff, G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

„Die Schmiede“, Halbmonatschrift für das geistige Proletariat Baden, enthält in ihrer Nummer 8 wieder verschiedene interessante Beiträge. So seien genannt das kosmopolitische Gedicht „Mensch zu Mensch“ des als Kriegeropfer verstorbenen Dichters Engelle, Erich Kuttners Appell „Energie und nochmals Energie“, Hans Friedrichs „Gedanken über Bevölkerungspolitik“. Anregend ist der Brief „Wie ich Sozialdemokrat wurde“, während D. Wech das Veamentagefest kritisch behandelt und Dr. Kullmann den Geschehnissen über den Rechtsgang in Straßagen einer kritischen Sonde unterwirft. Diskussionssthema bildete die „Kantienkaffe“ für Beamte“, die lebhaft befürwortet wird.

Dos, 17. April. Aus dem Gemeinderat. Der bestehende Milchausschuss und die Kontrollkommission wird ergänzt. Weiter wird der Milchausschuss ermächtigt, bei Vorliegen begründeter Antragsfälle Milch für Kinder direkt vom Kuhhalter zuzuführen. — Die in den Besitz der Gemeinde gebrachten Kahlen sollen bis auf ein gewisses Quantum abgetrennt und an sehr bedürftige Kinderbewohnte Familien in kleineren Mengen abgegeben werden. — Von der Aufnahme des Einwohnerverzeichnis des Hauptorts in das demnächst erscheinende Adressbuch der Stadt A. Baden, wird der verhältnismäßig hohen Kosten wegen abgesehen. — Zu den Erstellungskosten einer Schlaguhr auf dem Turm der Bernhardskirche in Baden-West wird auf Ersuchen ein Beitrag von 1000 M. aus Gemeindegeldern bewilligt. — Zur Bestreitung laufender Ausgaben wird die Aufnahme eines laufenden Kredits in Höhe von 60 000 M. beim landl. Spar- und Kreditverein Dos beschlossen. — Auf Grund des eingeholten fachverständigen Gutachtens wird von der Prozeßführung in der Angelegenheit Hof Erben Abstand genommen. — Erhöht werden die Tagelöhne für Gemeindegeldarbeiter und herbeifällig der Zustimmung des Bürgerausschusses den Beamten und Bediensteten ein Vorschlag in Höhe der Monatsbezüge bewilligt. — Von der durch die Stadt Baden mitgeteilten Erhöhung der Straßenbeleuchtungskosten wird Kenntnis genommen und zugestimmt. — Zur Veranlassung am 10. ds. Monats Gründung einer Organisation zur Bekämpfung des Alkoholismus wird ein Vertreter des Gemeinderats bestimmt.

Deutsche Nationalversammlung.

W.D. Berlin, 24. April.

Präsident Feilerbach eröffnet die Sitzung um 1.30 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Dr. Kahl (D. V.): Der Reichsjustizminister hat in Bezug auf mich neulich das Wort des hannoverschen Königs Ernst August auf die Professoren angezogen. Dieses Wort lautet: „Professoren, Huren und Tänzerinnen kann man überall für Geld haben.“ (Pfeil) Die frivole, schmerzliche Beleidigung lasse ich mir nicht gefallen, auch nicht für meine Fraktion und für den Stand der deutschen Professoren. Ich fordere die Justizminister, die aber unzureichend ist. Erfolgt keine genügende Erklärung, so muß ich mit weiteren Schritt vorbeistehen.

Reichsjustizminister Dr. Blund legt dagegen nachdrücklich Verwahrung ein. Abg. Kahl (D. V.): „Im Auslegen sei nur recht munter, legt Ihr was aus, so legt was unter.“ (Beifall rechts, Lärm links.) Ich rufe Deutschland zum Urteil darüber auf, ob ein Mann, der so leichtsinnig mit der Ehre anderer umgeht, an der Spitze des Reiches als Justizminister stehen kann.

Präsident Feilerbach weist diesen Ausdruck zurück. Wenn ihm der Wortlaut des Ausspruchs des Königs gegenwärtig gewesen wäre, so hätte er ihn zurückgewiesen.

Der Ausschuss für die Geschäftsordnung beantragt, keine Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Weder-Oppeln (Soz.) in einem Privatklagenverfahren zu erteilen. Der Antrag wird angenommen.

Der gleiche Ausschuss stellt den gleichen Antrag wegen der Abg. Geyer-Weißig (N. S.) und Dr. Geyer-Sachsen (N. S.) auf Grund einer Strafverurteilung des Abg. Geyer-Weißig, weil politische Motive vorgelegen hätten, nicht aber eine christliche Handlungswelt. Der Antrag wird angenommen.

Der gleiche Ausschuss stellt den gleichen Antrag wegen des Abg. Braf (N. S.) in der Landesvertragsangelegenheit. Dagegen liegt ein Antrag vor, die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen und ein weiterer, die Sache an den Ausschuss zurück zu verweisen, da die Sache nicht genügend geklärt sei. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag auf Zurückverweisung angenommen.

Der Gesetzentwurf über das deutsch-französische Abkommen über die Zahlung der eisenbahntechnischen Pensionen wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über den Übergang der Eisenbahnen an das Reich.

Abg. Dr. Becker-Olsen (D. V.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Hoffentlich nähren die Länder die gewonnenen Vorteile nicht allzu rücksichtslos aus. Nur in dieser Hoffnung forme der Ausschuss die Annahme des Gesetzes empfehlen.

Reichsverkehrsminister Dr. Bell: Die Verantwortung für die Vorlage mit Einschluß ihrer gesamten Finanzwirkungen übernimmt die Regierung vollkommen. Der Lebernahmepreis war durchaus angemessen. Die Reichsregierung konnte es nicht beantworten, den Antrag scheitern zu lassen. Das Personal verlangte die Lebernahme auf das Reich wegen der Besoldungsform. Eine einseitige Leistung ist auch erforderlich im Hinblick auf die Streiks und Anruhen.

Abg. Gaudorfer (D. V.) erklärt, daß seine Partei gegen das Gesetz stimmen werde.

Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Gebührenerfreiheit im Post- und Fernsprechverkehr wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Aufhebung des bayerischen und württembergischen Postregals wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Gesetzentwürfe über Telegraphen- und Fernsprechgebühren Postgebühren und Postwesen des Deutschen Reiches.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.) bemängelt die Reihe von Bestimmungen, durch die besonders das Zeitungs- und Verlagswesen durch die Besondere des Zeitungs- und Verlagswesens auf das schwerste belastet würde.

Abg. Trimborn (Ztr.) beantragt, die Zeitungsgebühren erst am 1. Oktober an in Kraft treten zu lassen.

Reichsminister Wiesner: Diese Vorlagen sind eine Warnungstafel. Wir haben volles Verständnis für die schwere Lage der Presse, aber ich verneine nicht nur das Defizit herauszuheben. Mit dem Antrag Trimborn kann ich nicht einverstanden sein. Eine Reform des Sachverhalts erhebe ich schon lange.

Abg. Aulstke (Dem.): Wir leben in der Erhöhung der Gebühren eine katastrophale Belastung des Verkehrs. Die Gebühren dürfen nur provisorisch sein. Die Postverwaltung muß zusehen, daß sie neue Erparnisse macht. Die Telefonanleihe wird von uns abgelehnt.

Abg. Zet (D. V.) wendet sich gegen die Telefongebühren-Erhöhung im Interesse der kleinen Gewerbetreibenden.

Der Antrag auf Streichung der sogenannten Zwangsanleihe wird mit einer geringen Mehrheit bei schwach beleuchteter Stimmabgabe abgelehnt, ebenso in der folgenden vorgenommenen dritten Lesung.

Angenommen wird ein Antrag Arnstadt, der den periodisch erscheinenden Zeitungen eine Vergünstigung bringt, ebenso der Antrag Trimborn, der die Zeitungsgebühren-Erhöhung bis 1. Oktober hinauschiebt.

Die Votagefesse werden in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Zu dem Gesetzentwurf über eine Abgabe zum Baukostenausgleich bittet der Reichsarbeitsminister Schilde um Ueberweisung an einen Ausschuss.

Abg. v. Bayer (Dem.) bittet im Einverständnis mit dem Senatspräsidenten, wegen der Wichtigkeit des Gegenstands das Gesetz nicht mehr in der Nationalversammlung zu beraten.

Das Gesetz geht an den Bierundwinstiger Ausschuss. Ein Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über Annahme von Kriegaanleihe an Zahlungsfrist wird erledigt.

Reichsfinanzminister Wirth erklärte im Laufe der entstandenen Debatte, über die Frage im Ministerium in den nächsten Tagen in Besprechung mit Interessententeilen eintreten zu wollen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Notetat in Verbindung mit Anträgen. Schluß 8 Uhr.

Badische Politik.

Hundert Professoren...

Bekanntlich hat die sozialdemokratische Fraktion des Badischen Landtags einen Antrag eingebracht, dahin lautend, das Unterrichtsministerium möge anordnen, daß bei jeder Immatrikulation die Studierenden auf folgendes hingewiesen werden: Nach Artikel 1 der Reichsverfassung ist Deutschland eine Republik, die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das gleiche gilt für Baden. Die Hochschule erwartet, daß die Studierenden im Reden und Benehmen Achtung vor den Grundgesetzen der Verfassung zeigen. — Zu diesem Antrag hat der Senat der Freiberger Universität folgenden Beschuß gefaßt: Der Senat lehnt es ab, daß der Rektor bei der Immatrikulation den Studierenden eine politische Aufklärung zuteil werden läßt. Der Charakter der Hochschule als einer politisch völlig neutralen Stätte freier Forderung bringt es mit sich, daß jeder Ansicht politische Beeinflussung nach der oder jener Richtung hin vermieiden werden muß.

Wie schön und imponierend würde doch diese Freiberger professorale Mannesgeste wirken, wenn man sie ernst nehmen könnte. Aber wir wissen ja: Professoren sind verächtlich, sprichwörtlich verächtlich sogar und da wissen sie halt nichts mehr von dem „Charakter der Hochschule“, von der politischen Beeinflussung in vorkommender Zeit. Wenn sie noch wüßten, was sie im Frieden waren, dann müßten wir einen Beschuß wie den gegenüber dem sozialdemokratischen Antrag als eine elende Gendelei bezeichnen. Wir müßten aber unseren Gemüthen im Landtag doch einsehen, gegenüber diesem Freiberger Beschuß ihren Antrag dahingehend zu erweitern, daß alljährlich bei der Immatrikulation nicht nur die Studierenden darauf hingewiesen werden, daß sie im Reden und Benehmen Achtung vor den Grundgesetzen der Verfassung zu zeigen haben, sondern daß auch den Herren Professoren gegenüber diese Erwartung ausgedrückt wird.

Der Mai-Feiertag in Baden.

Gegenüber den Meldungen aus Berlin über den 1. Mai als Feiertag ist darauf hinzuweisen, daß nach einer Verordnung des badischen Staatsministeriums vom 28. April 1919 der 1. Mai in Baden dauernd in die Reihe der allgemeinen Feiertage aufgenommen worden ist. Somit bleiben auch in diesem Jahre die Diensträume sämtlicher Behörden und die Schulen geschlossen. Auch sonst ruht in den Privatbetrieben die Arbeit.

Vorschlag des Arbeitsministeriums.

Das Ministerium für soziale Fürsorge und öffentliche Arbeiten (Arbeitsministerium) hat auf der Ausgabe der ersten ordentlichen Etat von 16 007 850 und einen außerordentlichen von 42 538 000; denen eine Einnahme von 8 335 740 gegenübersteht. Der Ausbau der nötigen sozialen Fürsorge macht sich bemerkbar. Für das technische Büro für Wohnungs- und Siedlungsangelegenheiten wird ein Regierungsbeamter nötig, für die Wundheilfürsorge ein weiterer Hilfsbeamter. Der ordentliche Etat der Kriegsbeschädigten- und Kriegs Hinterbliebenenfürsorge beträgt 199 700 M.; im außerordentlichen Etat werden für die soziale Kriegsbeschädigtenfürsorge 2 250 000 angefordert. Die Durchführung der Reichsversicherungsordnung erfordert 1 198 740. Beim Gewerbeaufsichtsamte ist infolge der aus dem übergebenen Schuldbestimmungen für die Angestellten die Einstellung eines weiteren Aufstufungsbeamten, vorläufig in nicht etatsmäßiger Stellung, nötig. Für die Trienterkinder werden 25 000 M. befristet; für die Landesverein für bodische Munde erhält 1 000; der bodische Krüppelfürsorgeverein 15 000. Für Kinder- und Siedlungsfürsorge sind 170 000 M. angefordert; der derzeitige Stand der Valuta schließt die Auszahlung von Kindern auf bezahlte Plätze in der Schweiz aus, wozu noch wie vor Kinder auf Freiplätze in der Schweiz untergebracht werden; die Unterbringung unternehmiger Kinder auf dem Lande innerhalb Badens wird mit Nachdruck betrieben. Zur Förderung der gemeinnützigen Rechtsanwaltsvereine, für die im Juli/Juni 3000 M. angelegt sind, werden 30 000 M. angefordert. Für die Erwerbslosenfürsorge sind 6 000 000 M. angefordert, wobei infolge der einseitigen Deutung des Wirtschaftsebens mit einer Ermäßigung gegenüber dem Vorjahre gerechnet ist. Zu den Beihilfen an die Gemeinden und Gemeindevorstände für Kriegsbeschädigtenfürsorge werden 1 400 000 M. angefordert. Der ordentliche Etat für Bau- und Wohnungswesen beträgt 3 377 000; im außerordentlichen Etat werden 25 000 000 M. zur Gewährung von Baukostenzuschüssen und Baukostendarlehen; 1 000 000 M. als zweiter Teilbetrag zur Förderung des Kleinwohnungsbaues; und 1 400 000 M. für das Landeswirtschaftsamts angefordert.

Der ordentliche Etat der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues beträgt 15 192 250; der außerordentliche 6 418 000. Zur Erhaltung von 28 Schiffhütten für Landtruppen werden 80 000 M. angefordert; zur Unterhaltung der Grundbesitzverhältnisse der Mecklenburger von Ostenburg aufwärts bis Vögel 18 000; für Kreisbüchereien 500 000; als Beihilfen an Gemeinden und Genossenschaften zur Ausbesserung von Bau- und Entwässerungsanlagen und sonstigen Kulturunternehmungen 1 500 000.

Die Einnahmen der bad. Staatsbahnen betragen im März ds. J. rund 45 Mill., gegen etwas über 33 Mill. in dem gleichen Monat des Vorjahres. Von den Einnahmen entfielen

10,3 Mill. auf den Personen-, die übrige Summe auf den Güterverkehr. Die Einnahme vom Januar 1919 bis März 1920 stellt sich schätzungsweise auf 327 Millionen, d. i. 122 Millionen mehr als in dem gleichen Zeitraum 1918/19. Der amtliche Bericht stellt fest, daß trotz der eingetretenen Preissteigerung ein lebhafter Reiseverkehr herrscht.

Wohnungsnot bei verletzten Beamten. Wir teilen kürzlich mit, daß der Badische Beamtenbund an das Arbeitsministerium eine Eingabe gerichtet hatte, in der darauf hingewiesen war, daß es oftmals den verletzten Beamten und Lehrern unmöglich ist, an ihrem neuen Wirkort eine Wohnung zu finden. Das Arbeitsministerium hat daraufhin an die Bezirksämter einen Erlass gerichtet, in dem ausgeführt wird, daß den verletzten Beamten und Lehrern die Wohnung ihres Dienstortortes zu beschaffen und Wohnungsgesuche von verletzten Beamten und Lehrern stets als dringlich zu betrachten sind. Das gleiche hat auch für Wohnungsgesuche zurückgesetzter Beamter zu geschehen. Ferner wurden alle Ministerien ersucht, im Hinblick auf die fast in allen Teilen des Landes herrschende außerordentliche Wohnungsnot einwilligen Verleihen nur in wirklich dringlichen Fällen vorzunehmen. Die Wohnungsämter sind von dem Arbeitsministerium entsprechend verständigt worden.

Mangel an Schlachtvieh. In einer amtlichen Pressemitteilung wird ausgeführt, daß die Belieferung der Bedarfsstellen mit Schlachtvieh von den Uebersehungsverbänden in letzter Zeit so gut wie völlig versagt hat. Die Städte mußten ihre Fleischereien angreifen und diese sind fast völlig aufgebraucht. Auslandsfleisch steht gegenwärtig nicht zur Verfügung. Das Ministerium des Innern hat deshalb die betr. Stellen angewiesen, daß das zur Deckung des Fleischbedarfes der Bevölkerung erforderliche Schlachtvieh unter allen Umständen aufgebracht werden muß. Falls das im freien Verkauf nicht möglich ist, müsse Enteignung eintreten.

Dulde, gedulde dich sein. Ein Lehrer schreibt uns: Die Jahreswende 1919/20 brachte dem arbeitenden Volke ein immenses Steigerung der Lebenshaltung. Die Arbeiter haben denn auch eine angemessene Erhöhung des Arbeitslohnes erhalten; und auch den Staatsbeamten wurden Zulagen bewilligt. Diese Zulagenzulage wurde in Form von Abschlagszahlungen teilweise monatlich nachbezahlt; aber heute am so und so vielen April ist ein großer Teil der unständigen Beamten noch nicht im Besitz ihrer letzten Rate der Zulagen für das letzte Quartal. Jemand ein Vertreter der hohen Behörde schüttelt ungeduldig den Kopf: „Die werden warten können!“ So? Ist das wahr? Können die warten bei für Monat März sage und schreibe 250 (Zweihundertfünfzig) Mark ausgezähltem Gehalt? Können die warten? — Inzwischen hat man — um ein anderes Bild aus dem Beamtenleben zum Vergleich heranzuziehen — den Hauptlehrer Kunz von Böbental des Dienstes entbunden mit der Begründung, daß er nicht etwa das Volk zu Gewalttaten aufgehetzt, sondern seine Dienststelle eigenmächtig verlassen habe. Es bleibe dahingestellt, ob die durch das übliche Auszahlungsverfahren dem Empfänger entstehenden Kautelerlöse nicht unter Umständen eine Tagesleistung aufwiegen, heute, wo die Kaufkraft der Mark gelegentlich in 14 Tagen einmal auf 1/2 ihres Wertes sinkt. Auf welchen „moralischen“ Grundlagen basiert diese Praxis der hohen Behörde? Doch offenbar auf dem Prinzip des „gedulde dich sein“. Der Beamte hat pflichtlich zu sein wie das Mädchen an der Uhr (Karl Kunz), um die... eine hohe Behörde sich nicht zu kümmern braucht (Kapitel: Abschlagszahlungen). Einwilligen wartet man: Dulde, gedulde dich sein...

Genossenschaftsbewegung.

Gegen die Zersplitterung im Genossenschaftswesen. Zersplitterung der Genossenschaftsbewegung durch die Organisation der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer usw., das ist die Konsequenz eines Rückschlusses der außerordentlichen Generalversammlung des Bezirksvereins Eßlingen genannter Organisation betr. Gründung einer Einlaßgenossenschaft. Leider ist in dem Bericht über die erfolgte Geburt des jüngsten Gliedes der Genossenschaftsbewegung nichts gesagt über die Erziehung des Strahlings, was u. E. bei dem heutigen Kapitalbedürfnis der Genossenschaften — als Folge der Geldentwertung — ein nicht zu unterschätzender Faktor sein dürfte und insbesondere dann nicht, wenn man den Betrieb von Textilwaren und Schuhen aufnehmen gedenkt. In der Verwirklichung der in der Notiz angeführten Ziele und Bestrebungen arbeitet die Genossenschaftsbewegung mit immer größerem Erfolge seit 60 Jahren und auch in Eßlingen besteht seit Jahren eine von der organisierten Arbeiterschaft gegründete Konsumgenossenschaft, die aber leider — dank der Interesslosigkeit der Arbeiterschaft ihrer eigenen Schöpfung gegenüber — ein wirklich beschädeltes Dasein fristet. Nur im Zusammenschluß und nicht in der Zersplitterung ist die Gewähr für eine gesunde und leistungsfähige Entwicklung der Genossenschaftsbewegung gewährleistet. Wir glauben, es ist Pflicht und Aufgabe auch der Kriegsbeschädigten usw., einer Zusammenfassung und nicht einer Zersplitterung des Wortes zu reden. Das Vorhandene zu stützen, zu stärken und zu kräftigen, das ist die Aufgabe aller Konsumisten, wenn an Stelle der bankrotten Profitwirtschaft die Gemeinwirtschaft treten soll.

Jugend und Sport.

Aus bei Duellach. Am Sonntag, 18. ds. Monats, veranstaltete der hiesige Arbeiterturnverein eine Begrüßungsfeier für die heimgekehrten Kriegsgefangenen und Gedächtnisfeier für die gefallenen Mitglieder. Diese Veranstaltung konnte als gelungen bezeichnet werden. Von dem Vorstand mit einer Begrüßungsrede eröffnet, ließ es sich auch der hiesige Bürgermeister nicht nehmen, namens der Gemeinde den aus der Gefangenschaft zurückgekehrten Kriegern der Empfangsgruß darzubringen. Nun weiterte die Sänger mit den Turnern, das Fest zu gestalten, ein gemischter Chor sang das Lied: „Zigeunerleben“, welches als gute Leistung hervorzuheben wäre. Ein lebendes Bild, welches den Abschied an der Heimat, bis zur Wiederkehr veranschaulichte, wurde mit warmem Beifall aufgenommen. Aus einer dazu gehaltenen Ergründungsgrede eines Turngenossen ging hervor, daß der hiesige Arbeiterturnverein an Gefallenen und Gestorbenen 44 Mitglieder verlor, darunter seine beiden Vorstände, ebenso 2 Sänger und 14 Turner. Von den Gefallenen waren 19 Familienmitglieder, welche 55 Kinder als Halbweisen hinterließen. Vor Sängern des Gemischten Chors wurden 2 Niederborträge „Die lustigen Landmädchen“ und „Drübel aus dem Jilbertal“ gegeben, welche großen Beifall auslieferten. Das komische Theater „Ein Pöngelkaffee“ brachte die Veranstaltung zu einem würdigen Abschluß. — Ein zu Ehren der gefallenen Mitglieder von deren Bildern zusammengestelltes Bild ist im Schaufenster des Geschäftes von Jakob Born, Wechmerwaren, ausgestellt. Ebenso können noch Bilder von demselben in Postkartenform beim Vorstand in Empfang genommen werden.

Möge diese Veranstaltung dazu beitragen, die Reichen, sowie die Mitteln des Vereins stärken und kräftigen zum Wohle der Arbeitersportbewegung.

Abhaltung von Turn- und Sportturnen. An der Turnlehrerbildungsanstalt in Markgröningen finden vom 31. Mai bis 26. Juni Turn-, Spiel- und Sportturnen für Lehrer an höheren Schulen, vom 4. bis 10. Oktober solche für Lehrer von Volks- und Fortbildungsschulen, vom 1. bis 10. Juni solche für die Fortturner und Turnwart der Sportvereine, vom 13. bis 22. Sept. der Turnvereine und vom 25. Sept. bis 2. Okt. der Arbeiterturn- und Sportvereine statt.

Gewerkschaftliches.

Eisenbahnerversammlung des Abtals. Gestern Sonntag fand im Gasthaus zum „Girch“ in Chenrot eine gutebesuchte Eisenbahnerversammlung statt, der aus allen Orten des Abtals die an der Eisenbahn beschäftigten Arbeiter beizuhören. Als Referent sprach Gemeinderat J. Stöhrer-Ettingen über Tarifverhandlungen mit der Generaldirektion. In sehr leicht begreiflicher Weise berichtete der Referent über das erzielte Resultat der Verhandlung und führte den Zuhörern die Einzelheiten der Lohnfrage vor Augen. In der sehr regen Diskussion wurde dem Referenten das Vertrauen bekundet. Der Referent schloß mit der Aufforderung, treu zur Organisation zu stehen, welche imstande ist, unsere Wünsche und Ideale zu vertreten. Der lebhafteste Beifall bekundete die Wichtigkeit seiner Ausführungen. Mit dem Wunsche, daß stets derartige Zusammenkünfte mit solchen zahlreichen Erscheinungen stattfinden mögen, konnte um 1/4 Uhr die recht gut besuchte Versammlung geschlossen werden.

Soziale Rundschau.

Der Schiedsspruch im Gastwirtsgerichte
wurde am 21. ds. Mts. gefällt. Für die Entlohnung im Gastwirtsgerichte in Baden wurden folgende Grundätze aufgestellt:
1. In sogenannten Rechnungsbetrieben wird der Betrag der für den Gast bestimmten Rechnung erhöht, um einen besonders zu bestimmenden prozentualen Zuschlag, welcher dem Bedienungspersonal in vollem Umfange ausbezahlt ist. 2. In allen anderen Betrieben ist das Bedienungsgeld durch den Prinzipal in dem dem Gast zu berechnenden Preis für Speisen, Getränke und sonstige Genussmittel einzufaktualisieren. 3. Dem Bedienungspersonal ist ein bestimmtes Mindesteinkommen zu garantieren. 4. Soweit in Vorliegendem die Dienst- und Entlohnungsverhältnisse der badiischen Gastwirtsangestellten nicht geregelt sind, sind zwischen den Parteien erscheinende Vereinbarungen zu treffen. Die Verhandlungen hierüber müssen bis zum 5. Mai 1920 zum Abschluß gebracht sein.

Aus dem Lande.

Mannheim, 24. April. Der Bau des Redarkanals soll lt. „Volkst.“ nach der unmittelbar bevorstehenden Verabschiedung der Vorlage in der deutschen Nationalversammlung in der Weise in Angriff genommen werden, daß sowohl in Baden wie in Württemberg mit dem Bau einiger Wasserkraftanlagen begonnen wird. Zu diesem Zweck sollen zwei Bauabteilungen, eine badiische und eine württembergische, unter je einem Bauinspektor als Vorstand, gebildet werden.
Konstanz, 24. April. Der hiesige Verein für Feuerbestattung wird den Betrieb des Krematoriums in eigene Regie übernehmen, nachdem die Mehrheit des Bürgerausschusses die Uebernahme durch den Stadt abgelehnt hat.
Ursach, 24. April. Auf der Grenzhöhe Seepoldshöhe wurden 26 Pferde verlegt, die kürzlich in die Schweiz eingeschmuggelt worden sollten. Für die Pferde wurden nahe eine halbe Million Mark erzielt.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 26. April.
Aus der Stadtratssitzung vom 22. April.
Neues Fließwasserlaboratorium. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses bewilligt der Stadtrat einen Beitrag von 50 000 M. zu den Kosten der Innenausstattung des im Neubau der Ingenieurbauabteilung der Technischen Hochschule einzurichtenden neuen Fließwasserlaboratoriums.
Stellenbesetzungen. Die Stelle eines Stadtrechtsrats (juristischen Hilfsarbeiters der Gemeindeverwaltung) wird dem Dr. Franz Fichtl, a. B. in Berlin, die Stelle des 2. Schularztes — Assistenten des Stadtschularztes — vorbehaltlich der Genehmigung des Bürgerausschusses dem praktischen Arzt Dr. Max Riese in Karlsruhe übertragen.
Benützung des Bierordnungsabtes durch die hiesigen Schwimmvereine. Die hiesigen Schwimmvereine haben darum nachgesucht, die für die jeweilige Benützung des Abtes festgesetzte Pauschalvergütung von 50 M. zu ermäßigen. Der Stadtrat vermag zu seinem lebhaften Bedauern diesem Ersuchen nicht stattzugeben, weil ohne Zweifel Folgen daraus entstünden, die zu dem bereits zu leistenden hohen Zuschuß eine weitere Belastung der Stadtkasse für den Betrieb herbeiführen müßten. Ueberdies stellt die den Schwimmvereinen jetzt schon eingeräumte Vergünstigung eine ganz bedeutende Ermäßigung des auf 2 M. festgesetzten Preises für ein Einzel-Schwimmbad dar.
Dieser Beschluß des Stadtrats ist sehr zu bedauern, und zwar nicht nur im Interesse der Schwimmvereine, sondern der Volksgesundheit, denn dieser zuliebe betätigen sich die betreffenden Vereine. Deshalb sollte diese Frage nicht ohne hin behandelt werden. Die Schwimmvereine waren zur Zahlung einer Pauschale von 50 M. (bisher 12 M.) pro Abend bereit, aber der Stadtrat pochte auf seine 50 M. Es ist fraglich, ob unter dieser schweren Last die Vereine, z. B. die Schwimmabteilung der Freien Turnerschaft, ihre edlen Aufgaben auf dem Gebiete der körperlichen Erziehung der Jugend auch weiterhin erfüllen können. Die Verantwortung an dieser Verfüngung an der Volksgesundheit trägt der Stadtrat.)
Brotherzeugung. Gegenüber der von der Karlsruher Bäckereivereinung in öffentlicher Erklärung aufgestellten Behauptung, das Nahrungsmittelamt allein trage durch Ausgabe verdorbenen Haferschlackens Schuld an der kürzlich allgemein beklagten schlechten Beschaffenheit des Brotes ist nochmals folgendes festzustellen:
Die Ursache für die allgemeine Verschlechterung des Brotes in jüngster Zeit ist die überwiegende Verwendung von Strohhalbmehl. Das vom Nahrungsmittelamt herausgegebene Haferschlackensmehl hat nicht, wie behauptet wird, bereits im Rheinhafen 1/2 Jahr lang auf Lager gelegen, sondern war höchstens einige Wochen gelagert. Nach einem Gutachten der Lebensmittelprüfungsstation der Technischen Hochschule vom 17. März ds. Jrs. erwies sich die eingesandte Probe von normaler Beschaffenheit. Auch die vom Nahrungsmittelamt veranlaßten Nachproben mittels Zusatz von 30 Prozent dieses Haferschlackens ergab ein durchaus normales und genießbares Brot. Wichtig ist nur, daß ein Teil des gelieferten Haferschlackens in dem Zeitpunkt, in dem es zur Brotherstellung verwendet wurde, nicht durch unangenehmen bitteren Geschmack, wenigstens in größerer Menge zugelegt, als zur Brotherstellung ungeeignet erwies. Sowohl von diesem Mehl noch bei den Bäckern vorhanden ist, wird das Nahrungsmittelamt auf Antrag einen Austausch gegen besseres Mehl vornehmen.

Die „Unschuldigen“.

Die Veröffentlichung der in den Karlsruher Reichschieberbanden verwickelten Persönlichkeiten hat begrifflicherweise in diesen Kreisen unangenehm eingeschlagen, während sie die übrige Bevölkerung mit Genugtuung begriffte. Gleich nach der Mitteilungsphase am Samstag kamen einige der veröffentlichten Personen auf unsere Redaktion, um ihre Unschuld zu beteuern. Doch wir konnten den Herrschaften nur sagen, daß für uns keine Veranlassung besteht, etwas zurückzunehmen, da ja die Namen aus dem amtlichen Polizeibericht stammen und die Behörden vorher bekannt gaben, daß die Veröffentlichung erst dann erfolgt, wenn die Untersuchung Gewißheit über die Schuld geschaffen hat. Wenn ein Untersuchter sich unter den Veröffentlichungen befindet, würden wir dies natürlich auch bedauern, jedoch dies zu unterjuchen, ist Sache der Behörden.
Natürlich drehte man uns auch bei dieser Gelegenheit wieder in gewohnter Weise mit der süßlichen geschäftlichen Schablonen, was aber auf uns nicht den geringsten Eindruck machen kann, denn wir lassen uns keinen Kaufmann anhängen. Die Herrschaften mögen sich aber gesagt sein lassen, daß wenn sie uns aus solchen Gründen zu schädigen versuchen, wir die Konsequenzen gegen sie mobil machen werden, und wer in solchen Fällen, wie z. B. dem Reichschieberbanden, dann den Kürzeren zieht, ist unüberwindlich.
Auch die „Badische Presse“ spielt wieder eine höchst sonderbare Rolle. Wie hat nicht dieses Sensationspapier beim Bekanntwerden der Reichschieberbanden das Maul weit aufgerissen und in gut lesbaren Lettern die Veröffentlichung der Namen der Beteiligten gefordert? Und nun, nachdem die Behörde die Namen zur Veröffentlichung den Zeitungen übergibt, wählt sie anstatt der sonst bei ihr üblichen fetten Sensationsnachrichtenlettern den kleinsten auf der Schmalfeld vorhandenen Schriftgrad und ganz unauffällig werden die Namen der Beschuldigten bekanntgegeben. Aber so ist die Generalanzeiger und Geschäftsüberprüfer, zuerst das vorlaute Mundwerk und nachher, wenn es gilt, hat man die Hören voll. Die Haltung der „Bad. Presse“ ist allerdings zu verstehen, wenn man sich in die unangenehme Situation zurückdenkt, in der sie sich vor kurzem befand. Ihr Ansehen hatte infolge ihrer unwürdigen Haltung anfänglich das App. Verbrechen sehr gelitten und um das Renomee wieder zu heben, kam der Reichschieberbanden sehr erwünscht, denn er gab Gelegenheit, sich wieder bei den Lesern einzuführen. Und deshalb tat sie wahrscheinlich auch den Mund so unangeordnet weiter Ausdehnung auf. Jetzt ist der Rappitreich bei ihren Lesern so ziemlich vergessen und darum hat sie es auch nicht mehr so wichtig. Die Bad. Presse kennt ihre Leser, sie weiß, was sie ihnen bieten darf.

Die Krankenkassen und die Entlohnung der Kassenärzte.
Meine Mitteilung über die „lächerlich geringe Bezahlung“ der Kassenärzte wird von einem Vertreter der Krankenkassen als „irreführend“ bezeichnet. Den Vorwurf der Irreführung und Ableitung muß ich ganz entschieden zurückweisen. Ich wollte gar nichts anderes als vor einem überwiegender marxistisch gefärbten Bekehrte die Klagen der Kassenmitglieder über mangelhafte ärztliche Versorgung aus der schlechten Bezahlung der Ärzte heraus erklären, das bedeutet doch ziemlich das Gegenteil einer Ableitung. Es liegt auf der Hand, daß je geringer die Bezahlung ausfällt, umso mehr Patienten vom einzelnen Arzt behandelt werden müssen, wenn er sein Existenzminimum sich verdienen will — mit anderen Worten, daß die Einzelbehandlung umso kürzer und oberflächlicher werden muß.
Nun führt der Kassenvertreter die „riesige“ Summe von 260 000 M. an, die man für 24 000 Mitglieder jährlich an die Ärzte bezahlt. Das macht im Durchschnitt (denn es mögen etwa 100 Ärzte daran teilhaben) für den einzelnen Arzt 2800 M. aus. Mit allen anderen Kassen zusammen wird es vielleicht 5000 M. werden (im Durchschnitt). Nun will ich eine Gegenüberstellung machen: Im vergangenen Jahr habe ich für Sprechzimmerbedienungen (und jeder Arzt braucht eine Hilfe für Sprech- und Wartezimmerreinigung) über 2000 M. ausgegeben, für Sprech- und Wartezimmerheizung fast dieselbe Summe, etwa 500 M. für Beleuchtung und Gas, ebensoviel für Fahrradreinigung, Summen, die immer dreifach sind, für Telefon, Instrumente und anderes. Und dieselben Summen geben doch fast alle Ärzte aus. Was bleibt dann noch von diesen „riesigen“ Summen übrig? Die geringe Bezahlung der Kassenärzte muß man aus der Entwicklung des Kassenwesens heraus verstehen. Ursprünglich hielten sie, als Armenärzte, neben der Privatpraxis keine Kasse, und da behandelten die Ärzte die Kassenpatienten für das formelle Entgelt der Armenzuteilung.
Die heutigen Bezüge sind nach dem im Frieden um knapp 100 Prozent höher. In derselben Zeit war die Krankenversicherungsordnung, die vor dem Krieg 2500 M. als Höchsteinkommen eines Versicherten und also als Existenzminimum festsetzte, dahin geändert worden, daß erst 5000 M. (1918) und jetzt 20 000 M. als Höchstgrenze, d. h. Existenzminimum zu gelten hat. Das heißt, daß die Zahl der Krankenversicherungsberechtigten bedeutend erweitert wird, daß also so gut wie keine Privatpraxis für den Arzt mehr bleibt und er ganz auf das Kassenwesen angewiesen wird. Dann aber: daß in derselben Zeit, in der das Existenzminimum von 2500 auf 20 000 M. gestiegen ist, die an sich unterwertige Bezahlung der Kassenärzte knapp verdoppelt worden ist. Was bedeutet die 15 M. der Kopfpauschale, wenn, wie in Karlsruhe, durchschnittlich jedes Mitglied im Jahre 1 1/2 Mal krank und etwa 16—20 Mal behandelt worden ist? Leider gestattet der mir zur Verfügung gestellte Raum nicht, den Einwand des Kassenvertreters zu erörtern, als ob die schlechte Honorierung der Kassenärzte eine Folge der freien Arztwahl sei — ein Einwand, der schon deshalb nicht stichhaltig ist, weil die Honorarverteilung selbst so ziemlich nach der tatsächlichen Arbeitsleistung erfolgt. C. S.

Sozialdemokratischer Verein. Nächsten Mittwoch findet im Saale 3 der Branner Schrempf, Waldstraße, Parteiverammlung statt. In derselben wird Genosse Redakteur Karpuder aus Mannheim einen äußerst interessanten Vortrag halten über „Das Schicksal der abendlandischen Kultur. Vorkämpfer oder negativer Sozialismus?“ Als zweiter Punkt steht die Berichterstattung über den badiischen Parteitag auf der Tagesordnung. Es ist deshalb ganz besonderes Erwähnen zu der Veranlassung unbedingt erforderlich.
Prekominmission. Heute abend 5 Uhr Sitzung im Prekominmission des Landtages. Sämtliche Mitglieder der Prekominmission wollen erscheinen.
Immer höher. Die Brennholzpreise sind erneut erhöht worden. Für Abfallholz beträgt die Erhöhung 25 %. Man erwartet, daß dadurch den Sägewerken Anreiz gegeben wird, mehr Abfallholz zu Brennmaterial anzubieten. Ob diese gehegte Erwartung in Erfüllung geht, ist eine andere Frage. Uebrigens hörte man, daß in letzter Zeit das Holz abgekauft habe, weshalb die Erhöhung der Brennholzpreise recht sonderbar anmutet.
Unfall mit Todesfolge. Am Samstag nachmittag wurde in der Etlingerstraße ein 1 1/2-jähriges Kind von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren. Das Kind war sofort tot.
Na. Seefische. In Anbetracht der in letzter Zeit sehr fühlbar gewordenen Fleischnot und des Umstandes, daß als Ersatz dafür Fische im freien Handel wohl zu haben sind, aber nur zu sehr hohen Preisen, hat die Stadtverwaltung sich entschlossen, anfangs der kommenden Woche Seefische in eigener Verwaltung in der städt. Fischhalle (Ettingerstraße im Sellenwäldchen hinter dem städt. Bierordnungsamt) zum Selbstkostenpreis an die Bevölkerung abzugeben. Es kommen zunächst grüne Heringe und auch einige andere Seefische zum Verkauf, und es empfiehlt sich, von dieser Gelegenheit zu einem Fleischersatz zu erschwüngen Preisen zu gelangen, weitgehenden

Gebrauch zu machen. Nähere Befragung der Verkaufszeit, Preise usw. erfolgt jeweils durch Zeitungsanzeige. Mit der Einrichtung der Seefischmärkte ist endlich ein längst gehegter Wunsch der Bevölkerung in Erfüllung gegangen.
Wie berechne ich meine Reichseinkommensteuer? Die nicht so einfache Steuerberechnung wird hier an Hand von Beispielen klar erläutert. Eine ausführliche Tabelle gibt die Steuerbeträge für steuerpflichtige Einkommen von 100—3 000 000 M. ohne weiteres an. Bei den hohen Beträgen, die heute das Reich fordert, bei den gegenwärtigen Verhältnissen und Lohnkämpfen ist die Kenntnis des neuen Steuerrechts für jeden Staatsbürger, Kaufmann, Beamten, Angestellten oder Arbeiter unentbehrlich.
Arbeiterabkennentbund. Heute abend 8 Uhr findet im Handarbeitsaal der Hebeschule ein Vortrag statt. „Die Spaltung in der Arbeiterbewegung und die Alkoholfrage“. Gäste und Freunde unserer Sache sind willkommen.

Veranstaltungen.

Landestheater. In der Freischuh-Vorstellung am Dienstag den 27. ds. Mts. bewirbt sich Fräulein Elly Mitzow von Breslau mit der Partie des Aennchen um die freierwerbende Stellung der ersten Opernsoubrette. Gleichzeitig wird einer jungen Karlsruher Künstlerin, Fräulein Käthe Dell, Gelegenheit gegeben, als Agathe von der Hörschenschaft ihrer Vaterstadt zu treten. Die übrige Besetzung ist die der Neuenführung.
Klavierabend Max Bauer. Der Stuttgarter Konjunktordirektor und hervorragende Pianist, wird Freitag, den 30. ds. Mts. einen zweiten Klavierabend geben, dessen Vorbereitung wieder die Musikalienhandlung Kurt Neufeld, Waldstr. 89, übernommen hat. Der außergewöhnliche Erfolg, den diese große, tief und innerlich empfindende deutsche Künstlerin im Dezember d. J. hier davontrug, wird zweifellos auch diesem zweiten Konzert das Interesse aller musikalischen Kreise bringen.

Valuta-Bericht vom 24. April.

Der Markkurs in der Schweiz war heute 920. Auszahlung Holland notierte etwa 230 per holl. Gulden; Schweiz etwa 10,75 M. per schw. Fr.; England etwa 24,50 M. per Pfd. Sterling; Frankreich etwa 8,88 M. per frz. Fr.; New York etwa 6,50 M. per Dollar.

Kleine Nachrichten.

Waisberg, 26. April. Die Zahl der Opfer der Rotenfeiner Explosionskatastrophe ist größer als zuerst angenommen. Sie beträgt 232 Tote und 278 Schwerverletzte. Die Stadt hat ein größeres Hilfswerk eingerichtet und hat bisher 502 000 M. zur Verfügung gestellt. Die Provinz wird sich mit 100 000 M. beteiligen.
Rom, 24. April. Der „Messagero“ vernimmt aus Venedig, daß infolge eines Zwischenfalles in der Kaiserrie, bei dem ein Soldat einen Offizier erschossen hatte, die Arbeitskammer den Generalstreik proklamiert habe.

Schriftleitung: Georg Schöpslin, Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badiische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Neuigkeiten Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, Verantwortlich in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Heute abend 7 Uhr in der „Gambriushalle“ Turnratsitzung. Vollzähliges Erscheinen notwendig. 3182

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 176, gef. 1; Rehl 270; Magau 446, gef. 11; Mannheim 353, gef. 10 Zentimeter.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheausfichte. Oskar Dengler von hier, Schlosser in Forchheim, mit Walburga Gader von Glasbütte, Karl Garter von Oberjoch, Kaufmann hier, mit Antonia Vogel von Tuffenhausen. Ludwig Roth von Reutbad a. S. Kaufm. in Mannheim mit Luise Mühlhauer von Zweibrücken, Heinrich Rieder von Niederhülfi, Postbote hier, mit Friede Kolb von Jansenhausen. Karl Eisenhut von Mannheim, Revier hier, mit Elsa Knopf von Heidelberg. Engelbert Bach von hier, Maschinenarb. hier, mit Luise Herjan von Scheidebaldt, Ode. Wulach. Adolf Siebold von Schopfheim, Fabrikarb. hier, mit Luise Müller von Zühligen. Karl Loier von Heiligkreuzsteinach, Kaufm. in Heidelberg, mit Friede Hesselshwerdt von hier. Paul Würbel von Feuerbach, Bauwerksthr. in Stuttgart, mit Frieda Maurer von hier. Rüd. Wöhinger von Reutlingen, Bankbeamter hier, mit Friede Dengler von Offenbach. Friedrich Wetz von Oettingen, Schmied hier, mit Marie Schöpfer Witwe von Jubecca. Heinrich Karer von Offenbach a. Landau, Wagenführer hier, mit Marie Langenstein von Konstanz. Johannes Siegmüller von Mannheim, Postassistent hier, mit Karol. Brandel von Schielberg. Alfred Vogtle von Mannheim, Kaufm. in Freiburg, mit Emilie Weber von hier. Johann Mäurer von Zühligen, Fabrikarbeiter hier, mit Vertha Schüller von hier. Leopold Bachmann von hier, Kaufmann hier, mit Lina Sauer von Wiesbaden. Julius Küttner von hier, Montierarb. hier, mit Karola Stiel von hier. Karl Hensle von hier, Dentist hier, mit Lydia Mey von Reutlich.
Eheschließungen. Julius Rothaus von Düsseldorf, Kaufm. in Höchst, mit Gertrud Rommel von Heidelberg; Aug. Kramer von Freiburg, Reich. Arb. hier, mit Kath. Schürer von Dettelsheim. Rüd. Geber von hier, Schlosser hier, mit Karol. Soufer von Freiburg. Dr. Otto Friedrich von Malsheim. Stadtratsrat hier, mit Dr. Helene Kolbe von Mannheim. Paul Vorder von Ulm, Lehrer hier, mit Maria Peter von hier.
Todesfälle. Edgar, alt 23 Tage, Vater Eugen Geiler Kaufmann. Elise Frank, ledig, Postgehilfin, alt 20 Jahre. Amalie Birmelin, alt 51 Jahre, Witwe von Friedrich Birmelin, Hauptlehrer. Maria Müller, alt 73 Jahre, Witwe von Joh. Müller Steuerassistent.

Käufer Wir sind ständig v. Kriegsanleihe, sämtl. Wertpapiere ausland. Kupons fremder Geldsorten zu höchsten Tageskursen. Ausführung aller Bankgeschäfte prompt und kulant.

Gebr. Jung Bankgeschäft, Karlsruhe 26 Markgrafenstr. 26 gegenüber d. Gewerbeschule. — Tel. 3505. Geschäftszeit: vormitt. 9—12, nachmitt. 2—5 Uhr.

Wanzen, Käfer etc. lassen sie am besten durch meine Spezial-Erfahren mit höchstem Erfolg unter Garantie vertilgen

U. V. A. Fr. Springer, Karlsruhe, Teich. 3263
am Markgrafenstr. Nr. 52.
Abonnement für Hausbesitzer unter günstigen Bedingungen



Grammophon-Platten

neueste Aufnahmen

Apparate von Mk. 290.- an

in grosser Auswahl

Offizielle Verkaufsstelle der Deutschen Grammophon-A.G.

Kaiserstraße 176 — Eckhaus Hirschstraße.

Rehere Anwesen verschiedener Größe in Karlsruhe und umher zu verkaufen. 2122
Gütervermittlung der Badischen Siedlungs- und Landbank G. m. b. H. Karlsruhe.

Tomaten- u. Gemüseerlinge

hat abzugeben 1059
Städt. Oultverwaltung, Karlsruhe-Nippurr.

Farrer & Co.

Kohlen
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Sitz: Leopoldstraße 1
empfehlen

Bündel- u. Auslandsholz

Bestellungen können auch im Büro der Firma
Stachelhans & Buchloh, G. m. b. H.
Haberer- und Kohlenhandlung, Heidenhofen-
Krodenen, gemacht werden. 3179

DRUCKSACHEN

ALLER ART

für Behörden, Handel u. Ge-
werbe sowie privaten Bedarf
liefert in geschmackvoller u.
preiswerter Ausführung in
Schwarz- und Buntdruck

Buchdruckerei „Volksfreund“

Karlsruhe Geck & Cie. Luisenstr. 24

Einen guten Fang

macht Jedermann der seinen Bedarf
in Messer- und
Stahlwaren jeder Art deckt, wo die-
selben auch sachmännlich geschliffen und
repariert werden können.
Karl Hummel, Werderstr. 13, Tel. 1547

Durlacher Anzeigen.

Kartoffel-Versorgung.

Dienstag Vormittag an die Buchstaben A und B
Mittwoch Nachmittags " " C, D, E u. F
Freitag Nachmittags " " G und H
Sonntag Nachmittags " " J und K.
Ausgegeben werden pro Kopf 5 Pfund. Preis
pro Pfund 35 Pfg.
Die Kartoffeln werden in der Turnhalle der
Friedrichschule ausgegeben.
Durlach, den 26. April 1920. 1062
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden
nunmehr wie folgt festgesetzt:
Samstags 8-1/2 Uhr
an den übrigen Werktagen:
vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr.
Der Verwaltungsrat. 1070

Kauf!

zu höchsten Preisen
Kleider, Uniformen,
Wäsche, Schuhe und
Betten. Zuschrift erb. an
S. Krelrad
Offenweinstr. 22. 1073

Pumpen Papier Felle

Rohrwerk, Metalle, Eisen,
Keller- und Scheibekram
kauft: Fenzersheim,
Kaiserstr. 26, Tel. 3481
für Händler Voranstr.

Bulach, Hauptstraße 2, 1. Stof.

Diwan!

neue, in Stoff, Leder
und Stoffbezug billig
zu verkaufen. 3178
Kofferdienheim
H. Köhler, Schützenstr. 25.

Strohhut

für junge Frau od. älteres
Fräulein billig abzugeben.
Näheres bei Wähler,
Kronenstr. 2, Hb. 4. St.

Offenburger Anzeigen.

Lebensmittel-Versorgung.

Verkauft wird ab Dienstag, den 27. April 1920:
Kartoffeln: offen, Kopfmenge 100 Gr. 28 Pfg.
gegen die Lebensmittelmarke E Nr. 73.
Dürst: Kopfmenge 100 Gramm 68 Pfg.
gegen die Lebensmittelmarke E 74.
Weiße Bohnen: Kopfmenge 125 Gramm 95 Pfg.
gegen die Lebensmittelmarke E 75.
Salat: Kopfmenge 1/2 Liter 5.20 M. gegen die
Lebensmittelmarke E 76.
Grüne Erbsen: Kopfmenge 250 Gramm 1.25 M.
gegen die weiße Kartoffelmarken 14.
Ab Donnerstag, den 29. April 1920:
Margarine: Kopfmenge 100 Gramm 1.62 M.
gegen die Fettmarke F 23.
Anmerkung für die Handlungen,
Salat wird Montag im Städt. Lager, Korn-
straße, Margarine Mittwoch nachmittags 2-4
Uhr in der Städt. Milchzentrale abgegeben.
Gefäße sind mitzubringen. 1043
Städt. Lebensmittelamt Offenburg.

Winderbemittelten-Ausweise.

Die Waren, welche das Reichsleiderlager dem
Austausch zuteilt, dürfen auch fernerhin nur
an Winderbemittelte abgegeben werden. Die
Entscheidung darüber, wer als Winderbemittelte
gilt, trifft die Kommission für Bekleidung und
werden darüber Ausweise ausgestellt. Berech-
tigungsbescheinigungen zum Bezug von Waren erhalten
nur noch Personen, die im Besitz des Winder-
bemittelten-Ausweises sind. Anträge auf Aus-
stellung von Winderbemittelten-Ausweisen
nimmt die Bekleidungsstelle, Langestraße 29,
entgegen. Ausweise werden am Samstag von
7 bis 12 Uhr für diejenigen, deren Geschlechts-
namen mit „S bis N“, am Montag von 8
bis 12 Uhr und von 1/2 bis 5 Uhr mit „S bis
P“ beginnt, ausgestellt. Bei der Anmeldung sind
Belegungen der Arbeitgeber über das der-
zeitige Monatseinkommen sämtlicher verdien-
ender Familienangehörigen (einschließlich Teu-
erungsbezüge) mitzubringen. 1041
Kommunalverband Offenburg-Stadt
Abteilung für Bekleidung.

Rastatter Anzeigen.

Allgemeine Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt. Allgemeine Ortskrankenkasse Rastatt-Land.

Gemäß § 3 der Verordnung vom 1. April 1920, betr. Heraushebung der Grundlöhne und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung, haben die Kassenvorstände der obgenannten Kassen die Grundlöhne, Beiträge und Leistungen der Kassen mit Wirkung vom 26. April 1920 wie folgt festgelegt:

| In Lohn- stufe | Bei einem täglichen Arbeitslohn | Grund- lohn | Kranken- beitrag pro Woche | Zusätzl.- beitrag pro Woche | Dabei haben zu tragen | | | | | | Sterbe- geld | |
|-------------------|------------------------------------|----------------|----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|---------------|-------------------------------|--------------------------------|---------------|--|-------|
| | | | | | Versicherte pro Woche | | | Arbeitgeber pro Woche | | | | |
| | | | | | Kranken- Versiche- rung | Zusätzl.- Versiche- rung | Zu- sammen | Kranken- Versiche- rung | Zusätzl.- Versiche- rung | Zu- sammen | Steuern über Sondergeb. pflichtig | |
| I | bis 4.49 | 4.- | 1.32 | -.50 | -.88 | -.25 | 1.13 | -.44 | -.25 | -.69 | 2.- | 60.- |
| II | von 4.50 | 6.- | 1.98 | -.50 | 1.32 | -.25 | 1.57 | -.66 | -.25 | -.91 | 3.- | 120.- |
| III | " 7.- | 8.- | 2.64 | -.50 | 1.76 | -.25 | 2.01 | -.88 | -.25 | 1.13 | 4.- | 180.- |
| IV | " 9.- | 11.- | 3.30 | -.50 | 2.20 | -.25 | 2.45 | 1.10 | -.25 | 1.35 | 5.- | 240.- |
| V | " 12.- | 15.- | 4.02 | -.50 | 3.08 | -.25 | 3.33 | 1.54 | -.25 | 1.79 | 7.- | 300.- |
| VI | " 16.- | 19.- | 5.14 | -.50 | 3.96 | -.25 | 4.21 | 1.98 | -.25 | 2.23 | 9.- | 360.- |
| VII | " 20.- | 24.- | 6.26 | -.50 | 4.84 | -.25 | 5.09 | 2.42 | -.25 | 2.67 | 11.- | 440.- |
| VIII | " 25.- | 30.- | 7.38 | -.50 | 5.76 | -.25 | 6.01 | 3.08 | -.25 | 3.33 | 14.- | 540.- |
| IX | " 31.- | 36.- | 8.50 | -.50 | 6.68 | -.25 | 6.93 | 3.74 | -.25 | 3.99 | 17.- | 660.- |
| X | " 37.- und mehr | 40.- | 13.20 | -.50 | 8.80 | -.25 | 9.05 | 4.40 | -.25 | 4.65 | 20.- | 800.- |

Für Versicherte ohne Entgelt betragen die wöchentlichen Krankenversicherungsbeiträge 88 Pfennig. Arbeitgeber und Versicherte empfehlen wir, diese Bekanntmachung auszuwählen und anzuschließen. Tabellarische Uebersichten sind nach deren Fertigstellung bei den obigen Kassenvorständen und außerdem bei den Regnerstellen der allgemeinen Ortskrankenkasse Rastatt-Land zu haben. Die Versicherungsbeiträge für Angestellte wurde auf 20.000 Mark ausgedehnt. Die Anmeldungen der wieder versicherungspflichtig werdenden Angestellten müssen alsbald befristet werden. Rastatt, den 21. April 1920.

Der Vorstand der Allgem. Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt: Schwab.
Der Vorstand der Allgem. Ortskrankenkasse Rastatt-Land: Frey.

Zu verkaufen:

schwarze Militär-Boje,
waschbarer Anzug (grün)
an gleichen Dienstag vor-
mittags.
Schützenstr. 55, S. 4. St.

Damenstiefel

Größe 39, neu, preiswert
zu verkaufen. 3173
Luisenstr. 43, 4. St. III.

Klapp- Sportwagen

ohne Dach, fast neu, sowie
Kleiderkasten, gepolstert
und zerlegbar, zu ver-
kaufen. 3174
Kramer, Beierstein,
Marie-Alexanderstraße.

Metallbatten

Stahl-
batterien, Maschinen
Kleiderkasten, Koffer an
Bedermann. Katalog frei.
Rosenhainstr. 3, Hb. 1. Th.

Blindenarbeit!

Vorteilhaftes Gehalt
für die Hausfrau

Hohhaarhaarbüschel

aus vorzüglichem Schweiß-
haar zu haben. 1067
H. Boos, Viktorialstr. 6.

Bruchsaler Anzeigen.

Konsumverein für Bruchsal und Umgegend

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Einladung

zu der am Montag, den 3. Mai, abends 7 1/2 Uhr
im großen Saale der „Fortuna“ stattfindenden
vierteljährlichen
General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Das neue Deutschland und die Konsumvereine.
3. Annahme von Statuten.
4. Genossenschaftliches.
In dieser Versammlung laden wir unsere be-
rechtigten Mitglieder, Männer und Frauen mit der
Bitte zahlreich und pünktlich zu erscheinen freundlich
Der Vorstand:
Dr. Gutmann, Vorsitzender. 3169

Brennholz-Verteilung.

Folgende Nr. können ihre Holzgüter für
Bellen aus dem Büro der Städt. Holzver-
teilung abholen.
Nr. 878, 1281, 1432, 1523, 1550, 1553, 1559,
1562, 1563, 1567, 1568, 1578, 1588, 1590, 1592,
1593, 1596, 1600, 1602, 1608, 1604, 1605, 1606,
1613, 1614, 1615, 1616, 1617, 1618, 1619, 1620,
1623, 1624, 1625, 1627, 1628, 1630, 1631, 1634,
1635, 1636, 1639, 1642, 1645, 1646, 1647, 1648,
1651, 1652, 1654, 1655, 1658, 1660, 1661, 1663,
1665, 1670, 1671, 1673, 1675, 1682, 1683, 1685,
1688, 1693, 1698, 1699, 1699, 1702, 1704, 1706,
1707, 1708, 1710, 1711, 1713, 1714, 1720, 1724,
1728, 1740, 1741, 1746, 1746, 1747, 1750, 1751,
1752, 1753, 1754, 1755, 1759, 1759, 1761, 1766,
1767, 1769, 1773, 1777, 1779, 1781, 1784, 1786,
1789, 1796, 1797, 1798, 1799, 1800, 1801, 1806,
1807, sowie 1814 bis einschließlich 1850.
Die Bellen befinden sich in der Lufthardt
Nr. 1, 21. 1055
Die Holzgüter, welche bis zum 30. d. Mts
nicht abgeholt, werden anderweitig vergeben.
Bruchsal, 23. April 1920.
Städt. Holzverteilungsstelle.

Bürgerhof Bruchsal.

Freitag, den 30. April 1920,
abends pünktlich 8 Uhr:
5. Volkskonzert.

Mitwirkende:
Karlsruher Bläservereinigung für
Kammermusik:
Flöte: Herr K. Spittel Mitglied.
Oboe: Herr P. Kämpfe d. Landes-
Klarinette: Herr H. Sprenger Theater-
Fagott: Herr O. Wenk Orchest.
Horn: Herr Th. Heuck Karlsruhe
Friedrich Hunkler, Musikdirektor,
Bruchsal (Klavier). - Jan van Gorkom,
Kammersänger, Karlsruhe (Bariton).
Quintett von Mozart, Sextett von
Thuille. Instrumentalsoli. Arie von
Verdi. Lieder. 3169
Saaleklass 7 1/4 Uhr. — Rauchverbot.
Eintrittskarten:
Numerierte (in beschränkter Zahl)
Mk. 4.50, Unnumerierte Mk. 1
im Vorverkauf bei Firma Heinrich
Katz, Bruchsal, Ecke Kaiser-
und Friedrichstrasse u. an der Abendkasse.

Baden-Baden.

Lebensmittelausgabe

für die Zeit vom 26. April bis 1. Mai 1920.
Lebensmittelausgabe im Städt. Park an de
Kasse 4 und in den Filialen Bickental und
Bickelstadt, in der Zeit vom Montag den 26. bis
Freitag den 30. April 1920.
Am Montag den 26. April für die Buchstaben
A-B.
Am Dienstag den 27. April für die Buchstaben
C-D.
Am Mittwoch den 28. April für die Buchstaben
E-F.
Am Donnerstag den 29. April für die Buchstaben
G-H.
Am Freitag den 30. April für die Buchstaben
I-J.

- Kartoffeln: 3 Pfund auf die Kartoffelkarte,
Abschnitt 34, Preis das Pfund 35 Pfg.
Die Kartoffelabschnitte 33 verfallen am
Freitag abend den 30. April. Nachlieferun-
gen finden nicht statt.
Als Ersatz für fehlende Kartoffeln: Kohl-
raben jedes Quantum in den einschlägigen
Gemüsehandlungen, Preis das Pfund 28 Pfg.
- Kindernahrungsmittel: Ausgabe erfolgt nur an
Kasse 5 im Park.
Kartoffelkarton: 1/2 Pfund-Paket, Preis das
1/2 Pfund-Paket 65 Pfg. Ausgabe erfolgt nur
auf die Nahrungsmittelkarte für Kinder bis
zu 4 Jahren, gegen Abstempelung des
„Abschnitts Mai“.
- Markenfreie Äpfel werden wie bisher be-
kannt gegeben nur an Kasse 4 im Park ab-
gegeben.
Zweck: Abwicklung eines geordneten Ge-
schäftsbetriebs bitten wir im eigenen In-
teresse der Bevölkerung um genaue Einhal-
tung der für die Verkaufsstellen vorgegrie-
benen Buchstabenfolge.
Ab Donnerstag den 29. April gelangt in den
einschlägigen Geschäften zur Ausgabe:
4. Deutsche Linen: 1/2 Pfund auf die Marke J
334, Preis das 1/2 Pfund 4 M.
5. Kaserloden: 1 Pfund auf die Marke H
312, Preis das Pfund 4.90 M.
6. Kaserloden: 1 Pfund auf die Marke
H 313, Preis das Pfund 6 M.
7. Kunsthain: 1 Pfund auf die Marke J 335,
Preis das Pfund 7.20 M. (Gefäße sind
mitzubringen.)
8. Ia. Blütenweisses Kartoffelkartonmehl: 125
Gramm auf die Marke J 338, Preis die 125
Gramm 70 Pfg.
9. Knob. Milch: Auf die neue Haushaltskarte,
Abschnitt 1, Preis die Dose 10 M.,
wie folgt:
Haushaltungskarte A = 1 Dose
B = 2 Dosen
C = 8
D = 4
E = 5
F = 6
G = 7
H = 8
J = 9
K = 10
L = 11
- Karlsruher Suppen, Iste: 1/2 Pfund auf die
Marke J 337, Preis das 1/2 Pfund 60 Pfg.
- Bohnen: 1 Pfund auf die Marke J 338,
Preis das Pfund 4 M.
- Erbsen: 1 Pfund auf die Marke J 339, Preis
das Pfund 4 M.
- Brost: 1500 Gramm, 125 Gramm Weizen-
und 125 Roggenmehl.
Die Lebensmittelkarten für die Kaufleute
verlieren am 8. Mai ihre Gültigkeit.
Für verloren gegangene Lebensmittelkarten
und Marken wird kein Ersatz geleistet. 1065
Städt. Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Der Stadtrat hat zu nachstehenden Bestimmungen über die Abgabe von Kleidungsstücken und Schuhen durch die städt. Bekleidungsstelle seine Zustimmung erteilt. Sie treten mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Karlsruhe, den 24. April 1920.
Das Bürgermeisteramt.

Bestimmungen über die Abgabe von Kleidungsstücken und Schuhen durch die städtische Bekleidungsstelle.

- Die städtische Bekleidungsstelle verfolgt den Zweck solange die gegenwärtige Kleidungs- und Schuhnot anhält, die hiesige minderbemittelte Bevölkerung nach Möglichkeit mit Kleidern und Schuhen zu möglichem Preis zu versorgen. Sie gibt demgemäß Kleidungsstücke und Schuhe aus den ihr zugewiesenen oder von ihr beschafften Beständen im allgemeinen nur an solche Personen ab, die von der zuständigen Stelle als minderbemittelt anerkannt sind.
- Zuständige Stelle für die Anerkennung der Eigenschaft als Minderbemittelter ist die Prüfungsstelle des städtischen Fürsorgeamts (Neue Ausstellungshalle, östlicher Eingang).
- Die Eigenschaft als Minderbemittelter richtet sich nach der Höhe des Einkommens, das dem Haushalt des Antragstellers zur Verfügung steht und nach Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen.

Es werden 2 Einkommensgruppen gebildet:

Gruppe A — die Minderbemittelten — umfasst alle Haushaltungen oder Einzelpersonen, denen kein höheres Einkommen zur Verfügung steht als:

- 5000 M für 1 alleinlebende erwachsene Person,
- 7000 M für 1 Ehepaar ohne Kinder, je 1000 M für das 1. und 2. Kind unter 15 Jahren,
- 700 M für jedes weitere Kind unter 15 Jahren,
- 1500 M für jede weitere erwachsene Person.

Gruppe B — die Minderbemittelten — umfasst alle Haushaltungen, die nicht schon zur Gruppe A gehören und denen kein höheres Einkommen zur Verfügung steht als:

- 7000 M für 1 alleinlebende erwachsene Person,
- 10000 M für 1 Ehepaar ohne Kinder, je 1500 M für das 1. und 2. Kind unter 15 Jahren,
- 1000 M für jedes weitere Kind unter 15 Jahren,
- 2000 M für jede weitere erwachsene Person.

Der Fürsorgeausschuss kann die Abgrenzung der beiden Gruppen den Verhältnissen entsprechend verändern. Er entscheidet über Beschwerden gegen die Prüfungsstelle.

Für die Stellung des Antrags auf Anerkennung der Eigenschaft als Minderbemittelter sind die vorgeschriebenen Vorbrudr zu benützen. Mitglieder von Berufsorganisationen erhalten die Vorbrudr von ihrer Organisation, durch deren Vermittlung sie auch den Antrag an die Prüfungsstelle weiter leiten können. Die Prüfungsstelle prüft die in dem Antrag enthaltenen Angaben nach; sie kann von dem Antragsteller Nachweise und Belege für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Angaben verlangen. Gelangt die Prüfungsstelle zu dem Ergebnis, daß die Anerkennung als Minderbemittelter nach Maßgabe der Richtlinien nicht statthaft ist, so läßt sie dem Antragsteller einen schriftlichen Bescheid hierüber gehen. Der keinen gegenteiligen Bescheid erhält, ist als Minderbemittelter anerkannt.

Jeder, der als Minderbemittelter anerkannt ist, kann auf die von der Bekleidungsstelle abgegebenen Waren bestellen. Die Bestellung geschieht mittels Ausfüllung eines vorgebrachten Bestellzettels, die bei der Bekleidungsstelle, Neue Ausstellungshalle, westl. Eingang, der Prüfungsstelle, abends östlicher Eingang, den Polizeiwachen oder den zuständigen Berufsorganisationen erhältlich und ausgefüllt bei der Prüfungsstelle einzureichen sind.

Der Bestellzettel muß die genaue Bezeichnung der gewünschten Gegenstände und die deutliche Angabe des Bestellers und seiner Wohnung enthalten.

Die Bekleidungsstelle gibt durch die Zeitungen fortlaufend bekannt, welche Art von Waren jeweils abgegeben werden, ob die Abgabe — je nach dem vorhandenen Vorrat — auf Gruppe A und B oder nur auf A sich erstreckt und in welcher Frist die Bestellungen spätestens einzureichen sind.

Wenn für eine Gattung von Gegenständen mehr Bestellungen eingekommen sind, als einzelne Stücke vorhanden sind, so werden so viele Bestellungen ausgelöst, als nach der vorhandenen Menge berücksichtigt werden können. Wer durch Losentscheidung unberücksichtigt geblieben ist, hat Anspruch auf vorzugsweise Berücksichtigung bei der nächsten Warenausgabe.

Bestellzettel, die Berücksichtigung finden können, werden, nachdem die Prüfungsstelle an der Hand des Kartentregisters die Eigenschaft als Minderbemittelter der Gruppe A oder B festgestellt hat, mit dem amtlichen Vermerk hierüber versehen, dem Besteller zur Benützung als Ausweis beim Ankauf der bestellten Waren zugestellt. Der Aus-

weis ist gegen Abgabe der Waren an die Bekleidungsstelle auszuhandigen.

Das gleiche Verfahren gilt entsprechend auch für die Reichs-Vorratswaren, die durch Vermittlung der einschlägigen Geschäfte zur Ausgabe gelangen.

Soweit dem Bürgermeisteramt einer benachbarten Gemeinde vom Bürgermeisteramt Karlsruhe die Ermächtigung erteilt worden ist, den bedürftigen Einwohnern der Gemeinde Berechtigungscheine zum Bezug von Gegenständen aus der städtischen Bekleidungsstelle auszustellen, darf die Bekleidungsstelle auch die Inhaber solcher Scheine zur Bestellung zulassen.

Der Kleine Ausschuss des Kommunalverbandes trifft über die Art der Abgabe von Beständen der städtischen Bekleidungsstelle im einzelnen Falle Entscheidung. Er kann insbesondere bestimmen, daß solche Gegenstände, die in ausreichender Zahl vorhanden sind, anstelle des auf Minderbemittelte beschränkten Bestellverfahrens durch Aufruf einer Haushalt- oder sonstigen Lebensmittelkarte der Gesamtbevölkerung ausgeteilt werden. Er kann im einzelnen Falle auch bestimmte Arten von Gegenständen zum allgemeinen Verkauf freigeben.

Keinesfalls darf die städtische Bekleidungsstelle irgend einen Teil ihres Warenbestandes zur Verteilung bringen, ohne daß der Kleine Ausschuss zuvor über die Verteilungsart Bestimmung getroffen hat.

Karlsruhe, den 23. April 1920. 1063
Das Bürgermeisteramt.

Phorosan Heilinstitut für Haut- und Geschlechts-Kranke
Karlsruhe, Kaiserstrasse 91, 3. St.
Aerztliche Leitung: Dr. med. v. Asten.
Schmerzlose Behandlung der Gonorrhoe nach dem neuen Phorosan-Verfahren.
Heilung — ohne Berufsstörung — selbst veralteter Fälle, in kürzester Zeit möglich Syphilisbehandlung, Blutuntersuchungen Behandlung sämtlicher Hautkrankheiten, insbesondere der Bartflechte.
Sprechstunden: Werktags: 1/2 11—1/2 6, Sonntags 10—1 Uhr.
Getrennte Wartezimmer!

Nächste Ziehungen
Wormser Dombau-Lose & 3 M.
Haupttreffer 50 000 M.
Frankfurter Pferde & 3.—
Reimer Markt & 1.20
Eis-Lotter. Ziehl. & 1.10
Wirt. Anballen & 1.—
u. a. m. sind noch zu haben bei 3181
Carl Göb,
Bank- und Leihgeschäft
Beblstr. 11/15, b. Markt aus.

Karlsruhe (grosser) Festhallsaal
Mittwoch, den 28. April 1920, abends 1/8 Uhr
Schwedisches Konzert
W. Peterson-Berger-Abend
Das verstärkte Landes-Theater-Orchester
Dirigent Seeber van der Floe
Kammersänger Jan van Gorkom
Konzertmeister Josef Pelecher.
PROGRAMM:
I. **Sadlandfahrt.** Symphonie Nr. 2 Esdur (erste Aufführung in Deutschl. I. Lento. Allegro moderato.
II. Die Rosenstadt: a) Der Dionysoszug. b) Im Tempel des Eros.
c) Symphonie (Variationen).
III. a) Heimweh. b) Mit dem Südwind.
2. **Flores & Blanzelon.** Ballade für Bariton mit Orchester.
3. **Romance.** Violine mit Orchester.
Karten zu Mk. 8.—, 6.—, 4.—, 2.50 (zu zügl. Steuer) in der Fritz Müller, Musikalienhandlung, Kaiserstrasse, Ecke Waldstrasse. Für Stud. Mk. 2.50.

Badisches Landestheater.
Montag, den 26. April 1920. 1064

Das Wintermärchen
Schauspiel in fünf Akten von Shakespeare
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr
Schlichtungsstelle der Gastwirte
gegründet im Lande Baden betr.
Der Schlichtungsausschuss Karlsruhe hat am 21. April 1920 folgenden

Schiedspruch
abgegeben, der von den Arbeitnehmern und dem Landesverband der badischen Hotelindustrie angenommen, von den übrigen Arbeitgeberorganisationen aber abgelehnt worden ist.
Für die Entlohnung der Gastwirtsangestellten im Lande Baden gelten folgende Grundsätze:
1. In sog. Rechnungsbetrieben wird der Betrag der für den Gast bestimmten Rechnung erhöht um einen besonders zu bestimmenden prozentualen Zuschlag, welcher dem Bedienungspersonal in vollem Umfang auszubehalten ist.
2. In allen anderen Betrieben ist das Bedienungsgeld durch den Prinzipal in den dem Gast zu berechnenden Preis für Speisen, Getränke und sonstige Genussmittel einzufaktulieren. Das Bedienungspersonal hat gegen den Prinzipal einen Anspruch in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes der Gesamtsumme.
3. Dem Bedienungspersonal ist ein bestimmtes Mindesteinkommen zu garantieren.
4. Soweit in Vorliegendem die Dienst- und Entlohnungsverhältnisse der badischen Gastwirtsangestellten nicht geregelt sind, sind zwischen den Parteien ersatzweise Vereinbarungen zu treffen. Die Verhandlungen hierüber müssen bis zum 5. Mai 1920 zum Abschluß gebracht sein.
Für den Schlichtungsausschuss Karlsruhe.
Dr. Kullmann.

Wiedereröffnung der Bekleidungsstelle.
Die städt. Bekleidungsstelle gibt bekannt, daß nach erfolgtem Umzug ihre jetzigen Verkaufsräume in der

neuen städt. Ausstellungshalle (gegenüber Festhalle) am Dienstag, den 27. April, eröffnet werden. Zum Verkauf gelangen zunächst nur die aufgerufenen Artikel d. h. Unterhosen und amerikanische Socken. Am Hebrigen betreffen wir auf die gleichzeitig veröffentlichten Bestimmungen des Stadtrats über die städtische Bekleidungsstelle.
Die Verkaufszeit ist für die Sommermonate (Mai bis einschließl. September) auf nachmittags 8—12 Uhr und nachmittags 2—5 Uhr festgelegt.
Karlsruhe, den 26. April 1920.
Städt. Bekleidungsstelle.

Bierpreise betr.
Für den Bezirk Karlsruhe werden hiermit für Minderere Biere unter Berücksichtigung der erhöhten Biergesteuerpreise und der erhöhten Betriebskosten im Benehmen mit dem Landespreisamt nachstehende Höchstpreise festgesetzt:

| | |
|--------------------|--------|
| 0,25 Liter | 0,50 M |
| 0,3 | 0,60 M |
| 0,35 | 0,70 M |
| 0,4 | 0,75 M |
| 0,5 | 0,85 M |
| 0,7 1 Flaschenbier | 1,40 M |
| 0,7 1 | 1,20 M |

bei Abgabe über die Strafe.
Niederwertigkeiten dieser Höchstpreise werden gemäß § 9 der B.O. des Reichswirtschaftsministeriums vom 24. Januar 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M oder mit einer dieser Strafen bestraft.
Karlsruhe, den 19. April 1920.
Bezirksamt. O. 3. 144

Die Gemeindejagd Staffort betr.
Der von den derzeitigen Jagdpächtern der Gemeindejagd Staffort als Jagdpächter aufgestellte, Waldhüter Karl Walsch in Staffort wird hiermit als solcher bestätigt. (§ 54 Jagd-Verordnung.)
Karlsruhe, den 21. April 1920.
Bezirksamt 11. O. 3. 154

Liga?
Sp.-Cl. Freiburg I
Oberlandbezirksmeister
Klasse A 1919/20
3190
Mittelbezirksmeister
Klasse A 1919/20.
Sonntag, den 2. Mai, nachmittags 2 Uhr
auf dem Sportplatz des F.-V. Grünwinkel in Grünwinkel
Sportplatz inmitten des Stadtteils Grünwinkel
10 Minuten von Haltestelle „Kähler Krug“ oder Hardtstrasse.

Erklärung!
In Sachen der Mehlschiebereien
ging am Samstag eine Nachricht durch die Presse, worin auch die Schließung meines Kond.-Betriebs erwähnt wurde. Da ich mit den Schieberen überhaupt nichts zu tun habe, und die Schließung meines Konditorei.-Betriebs zu Unrecht erfolgte, bitte ich das verehr. Publikum, die gerichtliche Entscheidung abzuwarten.
Ludwig Ransenberg.

Tüchtige Lackierer
für sofort in dauernde Stellung gesucht.
Wohnung Dienstadt bei 3129
Arnold Biber, Filiale Durlach,
Eberwald 2. Eberwald 2.

**Salz-Schnittbohnen
Zwiebeln
Radolf-Gemüse-
suppen
Salzheringe
Bismarckheringe**
empfehlen 3171
Lebensbedürfnis-Verein

**Alteisen
Lumpen etc.**
kauft
Jakob Burkhart
Ruppurr
Rastatterstr. 17 (im Schloß).

**Maus- und
Küchen-Mädchen
gesucht.**
für Wirtschaftsbetrieb
zum sofortigen Eintritt 362
Lohn M. 125.— bei freier Station.

Städt. Arbeitsamt
Fachabt. für das Hotel- und Wirt.-Gewerbe
Zähringerstrasse Nr. 98 (Erdgesch.).

Darlehen
bei Minderbemittelt ber-
langen Sie durch Karl
Wormser, Karlsruhe,
Blumenstr. 12, Tel. 3969,
Bereitschaft tägl. nachmitt.
**Ihre
Kragen**
Manschetten
Vorhemden
u. a. v. erhalten Sie
in kürzester Zeit in-
dellios gewaschen
u. gebügelt in der
Dampfwäscheanstalt
Albert Lau
Karlsruhe.
Annahmestellen:
Scherrstrasse 10 a
Sofienstr. 13 (Laden)
Waldhornstrasse 31
(Laden)
Eing. Zähringerstr.
Neu eröffnet:
Augartenstraße 37
(Laden). 270
Kaufmann:
Hauptstraße 94.

**Gipfer
gesucht.**
Tüchtige Gipfer können
eintreten bei
E. u. J. Altmendinger
Gipfer- und Stukkatur-
geschäft
Deutsche Textilwerke
Säckingen
Schöpfheim im Biefental
und 3178
Ziegen Amt Waldshut.
Es wird auf sofort ein
junges 3183

Wädchen
in die Buchbinderei
Schützenstr. 46, gesucht.

Städt. Vierordtbad.
Kohlensäure Bäder
und elegante
Wannenbäder
I., II. u. III. Klasse.
Für Herren und
Damen geöffnet:
Worktags vorm. 9-1
Uhr, nachm. 2 1/2 bis
7 1/2 Uhr, Samstags
auch über die Mit-
tagszeit geöffnet.
An Sonn- u. Feier-
tagen geschlossen.

Minderbemittelter
eiserne, blau lackiert, 130
cm lang, 60 cm breit,
zu verkaufen. Dorsert,
Borgentstraße 16, 2. Stof.